WIR WOLLEN ALLES

Nr. 25 (Februar 1975)

J 7581 EX

Diesmal:

- Streiks der engl. Ford-Arbeiter gegen Aussperrung und für mehr Lohn
- Städtische Lehrlinge in Frankfurt wehren sich gegen ihre Bo…
- Opel-Rüsselsheim: Die Betriebsratsmafia haut sich selbst k.o.
- Klassenkampf in der Armee
- Schwarzer bei gelbem Roten

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

Bochum:	Proletarische Front, c/o Politische Buchhandlung, 463 Bochum, Postfach 1942
Frankfurt:	Revolutionärer Kampf c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202
Hamburg:	WWA c/o Manifest-Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79
Kassel:	Sozialistische Schüler- und Studenteninitiative, c/o Redaktion der „Auseinandersetzung", 35 Kassel, Hirtenweg 26
Köln:	Arbeiterkampf
München:	Arbeitersache c/o Basis-Buchladen, 8 München, Adalbertstr.41 b
Nürnberg/Erlangen:	Gruppe Solidarität c/o Politladen, 852 Erlangen, Postfach 2849
Saarbrücken:	Gruppe Rote Fahne c/o Politischer Buchladen, 66 Saarbrücken, Dudweilerstr.69
Zürich/Schweiz:	Klassenkampf, Postfach 108, CH-8025 Zürich

Postanschrift: WWA c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202

Der Gesamtauflage liegt bei eine Zahlkarte des Verlages zur Abo-Bestellung.

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich – Einzelpreis 1 DM
Druck und Verlag: Politladen Erlangen
Presserechtlich verantwortlich: G. Erler, 8 München 80, Josefsburgstr.16
Abopreis für 12 Nummern 12 DM – Lieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von 12 DM auf das Konto WWA Gaiganz, Kto. 4684–852 Postscheckamt Nürnberg eingegangen ist.
Bei Bestellung von mindestens 15 Exemplaren Lieferung per Rechnung mit 30 % Rabatt.

OB ARBEIT ODER ARBEITSLOS: FÜR 40 STD. MOOS

Der Kampf der FORD-Arbeiter in England gegen Aussperrung und für mehr Lohn

Das Ford-Werk in Dagenham, im Osten Londons, ist mit 29 000 Beschäftigten die größte Industrieanlage in Großbritannien. Der Aufbau des Werks ähnelt in vieler Hinsicht dem gigantischen Ford-River Rouge Komplex in Detroit, USA. Es hat sein eigenes Kraftwerk und eigenen Hochofen und Gießerei. Die Hauptbetriebe sind das Presswerk und Karosseriebau und der PTA (Paint, Trim and Assembly Plant) d. h. die Montagehalle samt Lackiererei und Fertigmontage. Die Arbeiter sind zu über 60 % Asiaten, Westinder oder afrikanische Emigranten. Einige Abteilungen und Betriebe haben einen höheren Prozentsatz von farbigen Arbeitern. Von den weißen Arbeitern kommen die meisten aus Irland, Schottland und dem Nord-Osten Englands.

In den vergangenen 6 Monaten gab es laufend Aktionen, die meistens auf einzelne Abteilungen beschränkt waren, um Geld, lay off pay (Entlohnung für die Zeit einer Aussperrung – dem Tarifabkommen entsprechend werden nur im Falle von außerhalb des Ford-Imperiums verursachten Aussperrungen rund 80 % des Lohns bezahlt), Autoritätsproblemen und Konflikten bei der Arbeitsplatzzuweisung. Der Karosseriebau und der PTA waren das Zentrum der Auseinandersetzungen; beide bilden vom Produktionsablauf her eine Einheit.

Im Motorenwerk gab es nur wenige lokal beschränkte Arbeitsniederlegungen und die Frauen des River Plants, der Näherei und Polsterei, wurden wegen der Aussperrung in der Folge des Presswerk-Streiks aktiv und besetzten ihre Halle. Die Kämpfe im PTA und dem Karosseriebau haben die objektive Macht der Arbeiter in Dagenham demonstriert. Aber es genügt nicht, nur die offensiven Aktionen zu betrachten, die die Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen gebrauchen. Wir müssen diese Begrenzung durchbrechen und die objektive Macht der Arbeiter im umfassenderen und damit tieferen Sinne verstehen lernen. Wir müssen uns auch die Defensivaktionen der Arbeiterklasse ansehen, wie hier im Ford Dagenham Mangel an Arbeitskräften, die hohe Fluktuation, der Absentismus und die Sabotage.



„Schluß mit der Gelegenheitsarbeit".

Zweifellos gaben diese Taktiken den Fordarbeitern die Kraft für die Kämpfe in der letzten Zeit. Sie spielten auch eine entscheidende Rolle, Ford zur vorzeitigen Aufkündigung des seit Februar 1974 für ein Jahr gültigen Tarifvertrag zu zwingen.

Der folgende Bericht geht nur auf die Lage in Dagenham seit Juni 1974 ein. Die Serie der Abteilungskonflikte hatte seinen vorläufigen Höhepunkt im Streik des Presswerks. Er begann am 9. September und wurde für 3 1/2 Wochen zusammen mit dem Presswerk in Halewood (Liverpool) geführt. Durch diesen Streik, in dessen Verlauf 15 000 Fordarbeiter ausgesperrt wurden, zwangen sie Ford, Farbe zu bekennen. Die Tarifverhandlungen mußten wieder aufgenommen werden. Das Ergebnis waren die Erhöhung des Grundlohns von 38 Pfund auf 48.80, also um 10.80 Pfund – und damit liegt er immer noch 7 Pfund unter den Löhnen von Chrysler in Großbritannien.

Die gefangenen RAF-Genossen haben ihren Hunger- und Durststreik beendet!

An die Gefangenen aus der RAF

wir bitten euch, den streik jetzt abzubrechen, obwohl aus seinen objektiven – der stärke der reaktionären mobilisierung hier, dem klassenkampf von oben – und seinen subjektiven bedingungen – unterentwickelte klassenkämpfe, die korruption der klassenorganisationen des proletariats, einer schwachen revolutionären linken – seine forderung, die aufhebung der isolation, nicht durchgesetzt werden konnte.

versteht das als befehl.

tatsache ist, daß die möglichkeiten der legalen linken – aus ihrer defensive und hilflosigkeit gegenüber dem neuen faschismus, solidarität als waffe zu organisieren – in der korrespondenz zum aufbau der guerilla, der politik der raf, nicht genug entwickelt sind. der streik hat sie a u c h auf ihre wahrheit gestossen: die ohnmacht politischer strategien, die die frage der initiative und handlungsfähigkeit aus der illegalität, die notwendigkeit bewaffneter politik als die verwirklichung von proletarischem internationalismus hier, vor sich herschieben; so auf der entwicklung unserer grossen mobilisierung 68 in ihre niederlage:

die zersplitterung, die sekten, die korrumpierung IN DER DEFENSIVE festgelegt bleiben.

wir sagen,

was der streik als die letzte waffe unserer gefangenen für die vermittlung, mobilisierung, organisation antiimperialistischer politik hier erreichen konnte, hat er erreicht. in seiner eskalation kann sich keine neue qualität des kampfes vermitteln.

zuzulassen, daß ihr ihn fortsetzt – gegen das kalkül der staatlichen propaganda: durch die exemplarische hinrichtung gefangener guerillas – WEIL SIE KÄMPFEN, IMMER KÄMPFEN, TROTZDEM KÄMPFEN – widerstand als hoffnungslos erscheinen zu lassen – hieße euch zu opfern.

wir nehmen euch diese waffe, weil der kampf um die gefangenen – aus dem kräfteverhältnis, das an ihm begriffen worden ist – jetzt nur u n s e r e sache sein kann, mit u n s e r e n waffen entschieden wird.

wir werden siegen.

raf (s) — *2. februar 1975*

Dieser Artikel ist ein Bericht von einem Arbeiter aus Ford-Dagenham in der Nähe von London, der :n der Big Flame-Dagenham-Ford-Gruppe mitarbeitet, über die autonomen Kämpfe der Ford-Arbeiter im letzten halben Jahr. Big Flame ist die einzige revolutionäre Gruppe in England, die in verschiedenen Bereichen (Fabrik, Stadtteil, Krankenhaus etc.) praktisch interveniert und nicht irgendeiner trotzkistischen Fraktion angehört. Sie entstand aus einer Gruppe in Liverpool und besteht inzwischen als nationale Organisation in mehreren englischen Städten. Neben der Ford-Gruppe in Dagenham gibt es noch eine Big Flame-Gruppe in Ford-Halewood bei Liverpool. Big Flame gibt eine Monatszeitung für Liverpool und Umgebung heraus und in Kürze erscheint die erste Nummer einer theoretischen Zeitung. Außerdem sind im letzten Jahr eine Broschüre über den Ford-Lohnkampf 1973 und eine Chile-Dokumentation erschienen. Alles kann bezogen werden über: Karl-Marx-Buchhandlung, 6 Frankfurt, Jordanstr. 11.

Kein Lay-off ohne vollen Lohn!

Der ständige Kampf gegen die Aussperrung (Lay-off) war auch einer der Gründe für die Macht der Arbeiter. Die Aktionen gegen den Lay-off waren fast immer unabhängig von den Gewerkschaften durchgeführt worden. Auf jeden Fall aber von 1968 an, als wegen der in Dagenham streikenden Arbeiterinnen die Halewood-Bandarbeiter ausgesperrt worden waren. In dieser Situation nämlich wählten sie damals ihr eigenes Streikkommitee und forderten vollen Lohn für die Zeit des Lay-off. In Dagenham, dem „aufsässigsten" der englischen Fordwerke, gab es Sitzstreiks, Blockaden der Bänder und direkte Streikaktionen als Antwort auf die Lay-offs während der letzten 6 Monate. Zweimal kam es zu größeren Aktionen. Hier die Schilderung der Blockae:

Die geschwächte Autorität

Der Streik der Vorarbeiter war die Reaktion des bedrängten unteren Managements — fast gänzlich demoralisiert auf Grund der Weigerung der Arbeiter, so zu arbeiten, wie es ihnen angeschafft wird. Dem unteren Management bei Ford — und wieder einmal in der Hauptsache in Dagenham — geht es ähnlich wie der britischen Armee seit dem Einsatz in Nordirland: es ist zynisch und demoralisiert geworden. Viele wollen weg; viele, frühere Arbeiter aus der Zeit, da Autos zu bauen noch ein gewisses Prestige darstellte, sind entsetzt über die „Disziplinlosigkeit" und der Feindlichkeit gegenüber der Arbeit der gegenwärtigen Arbeiterschaft. Sie haben Angst, daß nichts getan werden kann, es zu verhindern. Ford ist nicht bereit, den Preis für fristlose Entlassungen von Arbeitern zu bezahlen, die Vorarbeiter verprügelt haben

Die passiven Taktiken

Bald nach der Sommerpause erreichte der Angriff auf die Produktion für Ford in Großbritannien die Ausmaße einer echten Krisensituation. Selbst in einer Zeit der fallenden Verkaufsziffern konnte Ford nicht genug produzieren. Soweit es überschaubar ist, hat Ford Aufträge für 3 000 Wagen pro Tag. Die Produktionskapazität liegt bei 2 000 und war auch vor dem Streik im Herbst erheblich niedriger. In Dagenham liegt die Produktionskapazität bei 1 250, aber die tatsächliche Produktion betrug vor dem Pressestreik weniger als 850 fertige Wagen pro Tag. Ford Großbritannien — das bis dahin profitabelste Automobilwerk in Europa, in der ganzen Welt — war nicht imstande, den Aufträgen nachzukommen; und das in einer Zeit der weltweiten großen Rezession innerhalb der Weltautomobilproduktion. Warum?

Während Streiks, Sit in's und Blockaden die Gesamtproduktion kürzen, sind es die mangelnden Arbeitskräfte (**„Wer schafft schon in dieser Hölle? Gefängnis . . .“**), die hohe Fluktuation, die zusammen mit dem hohen Absentismus die Produktion insgesamt am meisten treffen. Gemäß Ford's eigenen Angaben fehlten ihnen 1 700 Arbeiter in Dagenham — die wirkliche Zahl lag wahrscheinlich um einiges höher. Ford gab zu, daß es einer der Gründe für die Wiederaufnahme der Lohnverhandlungen noch vor Ablauf des gültigen Tarifvertrages war, daß sie einfach nicht „die richtigen Leute" heranziehen noch halten konnten — ganz zu schweigen von denen der „falschen Art". Gewöhnlich sinkt Freitag nachts die Produktion an den Cortina-Bändern im PTA bis auf 100 und 195 in 8 Stunden — 50 % des Durchschnitts der letzten Jahre —, das heißt, daß viele Wagen fehlen und es eine Menge Pausen am Band gibt. Diese kollektive Verweigerung bei Ford zu arbeiten oder zu bleiben gibt den Arbeitern unheimliche Macht. Lay-offs als eine Folge der Situation auf dem Automobilmarkt und der allgemeinen Krise sind einfach nicht drin. Und zum anderen kann es sich Ford Großbritannien einfach nicht leisten, sich aus diesem Markt zurückzuziehen, nachdem es die höchsten Kapitalinvestitionen pro Beschäftigten im Vergleich mit allen anderen englischen Automobilherstellern vorgenommen hat.



40 HOURS PAY - WORK or NO WORK

Aufkleber von Big Flame: „Fraud" heißt „Betrug" und die Parole bedeutet: „Für 40 Stunden Lohn — ob's Arbeit gibt oder nicht."

Arbeiterautonomie — Lohnerhöhung und zwar sofort

Wir konnten die gedämpfte Explosion von Arbeiterautonomie beobachten und auch selbst mitmachen. Niemand erwartete, daß aus den verschiedenen Konflikten in der letzten Zeit heraus, die völlige Einstellung der Produktion oder Auswirkungen bis nach Ford/Köln resultieren würden. Niemand, das heißt, niemand außer den Fordarbeitern.

Zwischen April und September fanden verschiedene Abteilungsstreiks statt. Trotz unterschiedlicher Begründungen ging es bei allen um mehr Geld. Im Juni ging's bei der Lackiererei los mit der Forderung in eine höhere Lohngruppe eingesetzt zu werden, für die das Argument der Qualifikation herhalten mußte. Nur ein paar Wochen später wurde nach vorausgegangener Aktionen im Karosseriebau ein Abkommen zur Bezahlung der Waschzeit geschlossen.. Für die Bandarbeiter war das als eine Art ‚Schmutzzulage' gedacht und bedeutete 3–4 Pfund mehr pro Woche. Sofort traten die nicht am Band arbeitenden Kollegen in den Streik, um auch die Waschzeit bezahlt zu bekommen. Besonders viel los war da auch im PTA. Bis dann das Presswerk in Liverpool diese Forderung aufnahm und vom 9. September an in unbegrenzten Streik traten.

In der ersten Woche nach den Betriebsferien schlugen die Bandarbeiter der Fertigmontage zu. Sie forderten auch für sich die 10 Pfund pro Woche als Zuschlag für erhöhte Lebenshaltungskosten, die Ford 48 Neuangeheuerten aus Newcastle bezahlte, das „Newcastle Gold". Sie forderten eine Versammlung, und der Kampf um eine zwischentarifliche Lohnerhöhung begann. Die Facharbeiter begannen sich informell zu organisieren und legten eine Forderung von 5 Pfund Teuerungszulage auf den Tisch. Mit Arbeit nach Vorschrift und Streikaktionen verliehen sie ihrer Forderung Nachdruck. Ihre Begründung: Das Wiederherstellen einer abgestuften Lohnskala. Das war auch ein Argument mit dem die streikenden Presswerk-Arbeiter in Dagenham anfingen: Sie forderten verbesserte Schichtzulagen. Gleichzeitig im Streik zusammen mit dem Presswerk in Halewood sagten sie auch, daß ihr Drei-Schichten-System unmenschlich ist — und rechtfertigten so eine höhere Schichtzulage. Viele der Argumente haben wir von den Bergarbeitern gelernt — andere sind schon viel älter. Alle zusammen aber stellen sie die Forderung nach einer immensen Erhöhung im Grundlohn dar und gehen von unseren Grundbedürfnissen aus.

Die Bandarbeiter hatten sich eine Waschzulage von 3.60 Pfund pro Woche erkämpft. Deshalb begannen die nicht direkt an den Bändern arbeitenden Kollegen mit wilden Streikaktionen, um auch diese Zulage zu bekommen. Als dann also die Facharbeiter an den Reparaturbändern an einem Dienstag 24 Stunden für eine Waschzulage in den Streik traten, wurde der gesamte PTA wieder nach Hause geschickt. In der daraufkommenden Nacht weigerten sich die Bandarbeiter in der Endmontage wieder mit der Arbeit anzufangen. Sie forderten vollen Lohn für die vergangene Nacht. Sie sammelten sich unten am Band und hörten einen Dreck auf ihren Gewerkschaftsboss. Er wollte sie zurück an die Arbeit treiben. Also sagten sie ihm, er solle sich doch verpissen. Er verpißte sich tatsächlich und ging ganz einfach nach Hause. Die Arbeiter bildeten einen Zug und marschierten zu anderen Abteilungen um Unterstützung zu bekommen. Dabei riefen sie Parolen und sangen „we shall over come".

Die anderen Arbeiter waren sich unsicher, was sie tun sollten — denn sie standen ja noch unter vollem Lohn — auch wenn sie nur herumstanden. Daraufhin also entschied sich die Endmontage den Arbeitsstop endgültig zu machen. Sie marschierten hinunter zum Ablauf und blockierten alle Bänder die ganze Nacht hindurch. Ein Cortina (Taunus) Band war durch einen großen Karren verbaut, das andere ging durch Sabotage kaputt. Plakate aus den Papierbodenmatten wurden überall aufgehängt, auf den Wagen und Maschinen. Es gab keinen Lay-off — niemand also wurde nach Hause geschickt. Die ganze Nacht hindurch wurde Karten gespielt — bei vollem Lohn samt Überstunde! Obwohl die Forderung nach der Bezahlung der vorausgegangenen Nacht nicht erfüllt worden war, gab es keine Lay-offs mehr im PTA bis zum Streik im Presswerk — obwohl es Zeiten und Situationen gab, an denen die Firma uns sicher nach Hause geschickt hätte . . . hätte sie nicht Angst vor neuen militanten. Aktionen gehabt. Wie z. B. bei einer Arbeitsniederlegung der Fenstermonteure an einem Band im PTA. Die Geschäftsleitung schickte niemanden nach Hause; sie ließ alle übrigen Arbeiter am Band bei vollem Lohn — dafür daß sie nichts arbeiteten.

Es war ganz einfach die Angst vor einer neuen Blockade oder Aufruhr. Während des Vorarbeiterstreiks — einem Streik gegen die Macht der Arbeiter und einem Versuch der Vorarbeiter, ihre abgefaulte Autorität im Betrieb wiederherzustellen, weigerten sich die Arbeiter im Karossenbau und im PTA zu arbeiten und kämpften erfolgreich für Lay-off pay bei der Wiederaufnahme der Arbeit.

Der Vorarbeiterstreik

Die Vorarbeiter streiken zwei Tage für die Forderung nach der sofortigen Entlassung von Arbeitern, die Vorarbeiter eine gelangt oder sie bedroht haben. Im PTA wurde am ersten Tag nichts geschafft — und alle bekamen den vollen Lohn. Arbeiter verpißten sich in die Kneipen oder umliegenden Arbeiter-Klubs, spielten Karten, Fußball und gingen herum im Betrieb, um Autoradios, Scheibenwischer, Spulen usw. „einzukaufen". Es gab auch viele Sabotageaktionen. Am nächsten Tag aber kamen die Shop Stewards mit der obersten Geschäftsleitung überein, daß alle wieder mit der Arbeit beginnen sollten. Ihre Argumente waren: Die Arbeit zu verweigern, hieße ja nur, die Vorarbeiter zu unterstützen! ‚Und laßt uns doch denen zeigen, daß wir keine Vorarbeiter brauchen, um die Bänder laufen zu lassen!' (Also das war ihre Vorstellung von Arbeiterkontrolle, sie dachten, die Zeit wäre gekommen, sie mal auszuprobieren.) Die Arbeiter der B-Schicht weigerten sich dennoch und wurden ausgesperrt. In der nächsten Woche weigerten sie sich, mit der Arbeit anzufangen, bis sie die ausgefallene Zeit bezahlt bekämen: Sie gewannen!

In der A-Schicht gelang es den Shop Stewards zusammen mit den Obermeistern insgesamt 3 Stunden Arbeit herauszuholen — aber auch das nur unter erheblichem Widerstand. Niemals war der Unterschied von zwei bestehenden Strategien für die Fordarbeiter klarer vor Augen:

‚Workers Control', Arbeiterkontrolle, die Ideologie der Arbeit — oder der Kampf gegen die Arbeit, gegen die Bandarbeit, gegen die kapitalistische Hierarchie.

Die Suppe, die sie sich eingebrockt haben, müssen sie auch auslöffeln

Ford sitzt in seiner eigenen Scheiße fest. Ford mußte die Macht der Arbeiter brechen, um die ‚fordsche' Arbeitsorganisation einführen zu können: den kontinuierlichen Produktionsfluß und das measured day work (MDW) im amerikanischen Stil, die vorgeschriebenen Regeln im Beschwerdefall und das berühmte ‚Blue Book' (in dem gemäß dem jeweils letzten Tarifvertrag die genauen Abmachungen zwischen Gewerkschaft und Geschäftsleitung fixiert sind) und auch die Integrierung der Gewerkschaften. Mit Erfolg hat das Ford 1962 mit der Entlassung von 17 Shop Stewards und militanten Arbeitern erreicht. Die formelle Organisation der Shop Stewards — als Teil der Macht der Arbeiter — war gebrochen worden und bereitete den Weg für die Integration und Kooperation der Gewerkschaften auf allen Ebenen. In Halewood hat dieser Prozeß erst vor kurzem stattgefunden. Nach diesem Muster entwickeln sich die Dinge, aber es gibt auch offensichtliche Ausnahmen unter den Shop Stewards.



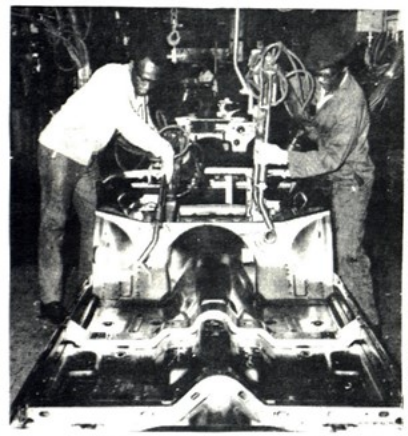
Der Text bedeutet: "Wenn wir nicht zuschlagen, dann wird es nicht fallen".

Weil Ford nun mit der alten Shop-Steward-Organisation so gute Arbeit geleistet hat, mußten die Arbeiter (und sie tuns auch) jetzt die Ereignisse unter ihre Kontrolle bringen. Die wirkliche autonome Arbeiterorganisation wird wiedergeboren. Dieser Prozeß begann 1968 mit dem Streik der Arbeiterinnen für Einstufung in eine höhere Lohngruppe. Es ist ein Prozeß, der sich ohne und weitgehend außerhalb der Gewerkschaften vollzieht. Ihm liegt ein Widerstand gegen die kapitalistische Form der Organisation der Produktion, gegen die Fordsche Lohnpolitik und gegen die Kollaboration der Gewerkschaften mit beiden zu Grunde.

Ford nützte den ersten Versuch der Labour Party, die Arbeiter unter Kontrole zu bringen, aus („In Place of Strife") und später die repressiven Maßnahmen der Tories (Industrial Relations Act): das Einfrieren der Löhne. – Das letzte Abkommen innerhalb der 3. Stufe der Lohn- und Preispolitik der Konservativen bedeutete eine Grundlohnsteigerung von 2.60 Pfund und war kombiniert mit einem Teuerungszulagensystem, das im Oktober auslaufen sollte. Zur Strategie, die Löhne unten zu halten, gehört auch die Entwicklung einer nationalen Lohnstruktur.

Ford stand sich vergleichsweise recht gut, weil es nicht nötig hatte, ein Akkordsystem abzuschaffen oder mit einer Schere zwischen Produktivität und Effektivlöhnen zu kämpfen. Das dachte sich Ford zumindest. Man vertraute darauf, daß die Lohndifferenz zu den Automobilfabriken in den Midlands für immer aufrecht erhalten werden könnte. So entwickelten sich die Manieren einer Firma, die ihren Profit auf Jahre hinaus gesichert sieht. Sie versuchte sogar 1969 durch die Einführung eines Katalogs disziplinarischer Strafen, ihre Macht noch zu vergrößern.

Aber eben genau in der Periode, in der sie versuchten, den Löwenanteil am britischen Automobilmarkt zu bekommen, waren sie nicht in der Lage, die „richtige Sorte von Leuten" anzuziehen, geschweige denn zu halten. Nachdem sie ihren Rekord-Profit von 1973 offengelegt hatten – einem der größten von ganz Großbritannien – war Ford so übermütig geworden, daß sie sogar eine ganzseitige Anzeige in der nationalen Presse veröffentlichen ließen, die ein sinkendes Schiff „S.S. Großbritannien" zeigte, mit dem Kommentar: sie glaubten nicht an diese populäre Vorstellung.



Jetzt aber geht der Kampf um Gleichstellung (mit den Löhnen bei British Leyland und Chrysler) los, auf einer Grundlage und zu einer Zeit, die von den Arbeitern selbst ausgesucht worden sind. Was als eine Serie individualisierter und nicht über die Grenzen einzelner Gruppen hinausgehender Forderungen begonnen hatte, ist zum umfassenden Kampf für Gleichstellung geworden. Sicher nicht wegen der „Gleichstellung" allein, sondern um mehr Geld zu bekommen. Es stellte auch keine Gruppe offen die Forderung nach Angleichung der Löhne auf. Verschiedene Begründungen haben wir oben angeführt.

Forderungen, die sich in der Zeit der 3. Phase des Lohnstopps entwickelten, wie die Forderung der Bergarbeiter für bezahlte Waschzeit – diese konnte erkämpft werden, weil sie als nicht direkte Lohnerhöhung den Lohnstopp der Regierung umging – wurden zu einer viel bedeuteren Forderung für alle Fordarbeiter. Wie die Bergarbeiter gaben sich auch die Fordarbeiter nicht mit der Bezahlung der Waschzeit zufrieden.

Fraud YOU CAN GET IT IF YOU REALLY WANT

Jimmy-Cliff-Lied – es bedeutet etwa: „Du kannst es kriegen, wenn du wirklich willst" . . . nämlich mehr Geld!

Bislang dachte Ford, daß Wanderarbeiter und Emigranten in Dagenham die „richtige Sorte von Leuten" wären. In manchen Betrieben (wie z. B. im Motorenbau) funktioniert ihre Ausbeutung auch noch immer zum alleinigen Vorteil von Ford. Sie brauchen mehr Geld, weil sie zwei Haushalte unterhalten müssen, einen in Großbritannien und einen in Übersee. Dazu kommt noch das Sprachproblem. In der Mehrzahl der Betriebe jedoch ist die Rechnung von Ford nicht so einfach aufgegangen. Der Angriff auf die Disziplinlosigkeit war in erster Linie auf die schwarzen Arbeiter gerichtet. Schwarze, junge Asiaten und Briten und Iren machen das vielfältige Gesicht der Arbeitermacht in Dagenham aus. Ihre Rebellion als Bandarbeiter gegen die Produktion ist noch verstärkt durch ihre Erfahrung als Emigranten und Wanderarbeiter.

Die Arbeiter lassen sich nicht durch die Stillhalteabkommen zwischen der Labour-Regierung und Gewerkschaften zum Narren halten

Die große Stärke Der Arbeiter in Dagenham ist ihre informelle Organisation auf Abteilungsebene, die meist außerhalb der Gewerkschaftsstruktur besteht, sie ist aber auch immer ihre größte Schwäche gewesen. Als z. B. das Presswerk losschlug und damit allen anderen Abteilungen und Betrieben voranging, wurden diese außer Gefecht gesetzt – was von der Firma dann über Lay-offs organisiert und von den Gewerkschaften unterstützt wurde, z. B. durch die Kontrolle über die Versammlungen oder einfach mit der Weigerung, überhaupt Versammlungen einzuberufen. Die Gewerkschaften haben es immer leichter, die Situation zu kontrollieren, wenn die Arbeiter alle ausgesperrt sind, weniger leicht fällt es ihnen, wenn alle drin im Betrieb bleiben. Sie haben sich auch gegen eine Ausweitung der Streikbewegung gewandt, geschweige denn, sie ermutigt, sie haben sich auch geweigert, den Widerstand gegen die Lay-offs zu organisieren oder sich organisieren zu lassen. Wenn dagegen die Presse zunächst für sich allein den Kampf aufgenommen hätte, um ihn dann im Streik zu verallgemeinern, vielleicht nach einer Woche oder so, dann hätte der Kampf für eine vorzeitige Auflösung des Tarifabkommens auch in den anderen Abteilungen und Betrieben aufgenommen werden können. Die Arbeiter sind sich voll darüber im Klaren, daß Streiksituationen, die von der Gewerkschaft kontrolliert werden, nicht zur Entwicklung ihrer Macht – also auch nicht zum erfolgreichen Kampf – beitragen werden.

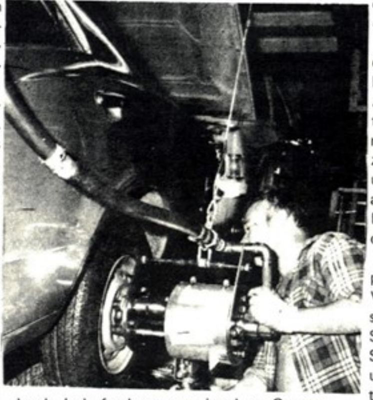
Obwohl der Streik im Presswerk vom Shop Steward Committee organisiert und die Kommunikation im Halewood hergestellt wurde, gelang es den Gewerkschaften insgesamt nicht, die Kontrolle über das Presswerk zurückzugewinnen. Dies u. a. deshalb nicht, weil sie sich nicht offiziell hinter den Streik stellten. Die Pressenarbeiter sind eine ausgesprochene homogene Gruppe, die stark unter sich und entschlossen ist, sich nicht wieder von den Gewerkschaftsfunktionären zum Narren halten zu lassen.

Politischer Streik gegen den Sozialvertrag für Löhne, die von unseren Bedürfnissen ausgehen.

Viel stand auf dem Spiel. Einerseits war aus der Sicht der Arbeiter die Zeit reif, Forderungen durchzusetzen, wie Lohnangleichung und garantierten Lay-off Pay (Bezahlung der Zeit der Aussperrung), Vier-Nächte-Woche, langsamere Bandgeschwindigkeiten zu gewinnen.

Andererseits war es aus der Sicht von Regierung und Gewerkschaften entscheidend, das Stillhalteabkommen einzuhalten und so die Wiederwahl der Labour Party abzusichern. Und obwohl auch Funktionäre des linken Flügels der Gewerkschaften den „Sozialvertrag" nicht gerne sahen, wünschten sie sich die Wiederwahl der Labour-Partei mit einer solchen evangelischen Begeisterung, daß sie als Abwiegler der Kämpfe der Arbeiter fungierten.

Wieder einmal – wie schon 1969 – drohte ein Fordarbeiter-Streik die Strategie der Labour-Partei, die Strategie des Klassenkompromisses (Wilson's Sozialvertrag und Benn's ‚Arbeiterkontrolle') zunichte zu machen. Diese Strategie aber wurde durchschaut, weil wir für unsere Bedürfnisse als Arbeiter kämpften und dabei von unserer eigenen gegenwärtigen Stärke ausgingen. Ford allerdings hatte keine Wahl: Es konnte die Arbeitskräfte nicht bekommen, konnte die geplante Produktion nicht durchsetzen und die Profite nicht halten. Angesichts einer fast „totalen Auflösung ihrer Produktivkraft"



durch Lohnforderungen einzelner Gruppen und anderer Aktionen, wie durch die hohe Mobilität der Arbeiter, hatte Ford keine andere Wahl mehr, als mit neuen Lohnverhandlungen zu beginnen. Um dann aber auch seine nationale Lohnstruktur zu retten, konnte er nicht ohne weiteres bei den Forderungen nach Sonderregelungen, wie die der Pressearbeiter klein beigeben. Sie saßen in der von ihnen selbst produzierten Klemme und sie schienen unfähig aus ihr herauszukommen.

Bis zum 1. Dezember verlor Ford 1974 144 000 Wagen, durch die 3-Tage-Woche 59 000, durch den Pressenstreik 50 000, durch den Arbeitskräftemangel und Arbeitskämpfe in Dagenham 30 000.

Das neue Abkommen: und der Plan von Ford, den Kampf zu vereinnahmen.

Das neue Abkommen hat eine Laufzeit von 2 Jahren und bedeutet einen neuen Grundlohn von 49.80 Pfund im 1. Jahr und eine Steigerung auf 55 Pfund nach 18 Monaten, das, soweit davon die Bandarbeiter betroffen sind. Die Pressenarbeiter gewannen eine erhebliche Steigerung ihrer Schichtzulage, aber doch nicht ganz das, worauf sie eigentlich raus wollten: das Drittel mehr für alle Schichten. Für alle Bandarbeiter allerdings, die sich ja schon eine Waschzulage von 3.60 Pfund erkämpft hatten, ist der wirkliche Lohnzuwachs für das 1. Jahr nur 5 Pfund oder ca. 10 %. Und dann die Klauseln!

Obwohl der Bruch des noch laufenden Lohnabkommens sicher einen Sieg für die Fordarbeiter bedeutete, reagierte Ford sehr rasch mit eigenen Forderungen – und zwang in den neuen Vertrag eine Reihe von Klauseln zur Verbesserung der Effektivität, der gesteigerten informellen Überwachung der Produktion, der Beibehaltung der normalen Nachtschichtarbeit. Diese Klauseln geben einen groben Umriß auf welcher Ebene die Attacke der Bosse in den nächsten zwei Jahren laufen wird.

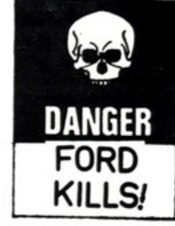
Hier kurz die Effektivitätsklausel:

„Die Zusammenarbeit der Mitarbeiter und ihrer Vertreter als Schritt zur Verbesserung der Effektivität in den Betrieben. Die Gewerkschaften haben der gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit zugestimmt. Sie stimmen darin zu, daß solche Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Geld zu produzieren, von dem diese Verbesserungen der Löhne und Bedingungen bezahlt werden können."

Wie es der Gewerkschaftsboß des PTA Dagenham auf einer Versammlung, in der über das neue Abkommen abgestimmt wurde, ausdrückte, bedeutet das, daß die Firma in irgendeine Abteilung kommen kann und auch kommen wird, um die Arbeitszeiten neu aufzunehmen und um dann die Anzahl der Arbeiter in dieser Abteilung zu verringern.

Es geht inzwischen auch das Gerücht um, daß Ford an eine Verringerung der Arbeitskräfte um 25 % denkt. Die andere Front der Attacke läuft im Rahmen der ‚Hilfsvorarbeiterklausel'. Es geht um nichts anderes als darum, die Erhöhung der Bandgeschwindigkeit zu erzwingen und die Autorität der Meister und Vorarbeiter wiederherzustellen. Deshalb also diese neuen ‚arbeitenden Vorarbeiter'. Die ursprüngliche Forderung der Firma wurde so verändert, daß sie in das gewerkschaftliche Konzept der „Arbeiterkontrolle" reinpaßt. Diese Hilfsknechte werden in einem Verhältnis von 1 auf 25 ausgewählt – entsprechend der Zustimmung oder Absage des Shop Stewards. Sie bekommen 10 Pence pro Stunde, das sind 4 Pfund pro Woche mehr; und „sie werden keine Überwachungsfunktionen innehaben".

Jede beliebige Anzahl kann in irgendeine Abteilung gesteckt werden; so können sie beliebig in Unruheherde, den „Produktionsengpässen", versetzt werden. Und das, obwohl es schon ein Reservoir von echten Springern gibt. Daher wird das Argument für die Einführung dieser neuen Schicht recht zweifelhaft.



Es gibt aber keinen Zweifel darüber, was Ford damit bezweckt: in Zukunft, und besonders in Kampfsituationen gegen die Erhöhung der Bandgeschwindigkeit werden diese „leitenden Maschinisten" zur Schicht der arbeitenden Vorarbeiter – zu von Ford bezahlten Streikbrechern werden.

Einige Abteilungen weigern sich, sie anzunehmen, aber andere haben sie sich aufzwingen lassen. Wahrscheinlich wird eine Reihe der Shop Stewards hinter diesen Stellungen her sein.

Die Klausel, die den normalen Ablauf der Nachtschicht, z. B. 2 x 5-Tage-Nacht-, 2 x 5-Tage-Tagschicht im PTA und Karosseriebau, sichern will, und zwar für 40 Stunden die Woche, war gegen die Verweigerung der Freitagsnachtschicht in Halewood seit März 1974 gerichtet. Die Firma sagte, eine



40 Stunden-Woche mit Arbeit an 4 Nächten ist möglich, aber eben nur dann, wenn sie eine 40 Stunden Produktionswoche bleibt. Halewood hat eine 4 x 9 Stunden Nacht-schichtwoche, plus einer Minischicht von 4 Stunden am Freitagabend akzeptiert.

Warum also wurde dieses Verhandlungspaket – besonders die Klauseln – und die nur geringe effektive Lohnsteigerung von nur 5 Pfund im 1. Jahr für die 8 000 Bandarbeiter, die schon 3.60 Waschzulage bekommen, angenommen? Zweifellos stimmten die meisten der Arbeiter zu, um das Geld zu bekommen, besonders aber die Mehrzahl derer, die bis zu 8.60 Pfund im ersten Jahr bekommen. Zum anderen empfahlen die Gewerkschaften vom NJNC (National Joint Negotiating Committee) bis hinunter zu den meisten Shop Stewards Komitees die Annahme. Zwar gab es einige Shop-Stewards, wie im PTA, die keine Stellung bezogen, aber eben so durch ihre Untätigkeit auch nur unterstützten.

beiter, besonders die West Inder, werden ziemlich sicher an der Spitze jeden Kampfes gegen die Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten sein.

Es ist in der Fabrik, wo die Gewerkschaften weniger Macht haben und wo die Arbeiter stark sind. Das ist der Bereich mit dem die Ford-Arbeiter am meisten vertraut sind. Allerdings zeigen die jüngsten Kämpfe auf Abteilungsebene, informell in ihrem Ursprung und Inhalt, die Schwäche der gegenwärtigen Organisierung der Arbeiter. Als die PTA-Arbeiter einmal ausgesperrt waren, waren sie für 4 Wochen außer Gefecht gesetzt. Das hat großen Schaden angerichtet, da die meisten Arbeiter, bei ihrer Rückkehr in die Fabrik verarmt, die Schwäche von Ford nicht wahrnehmen konnten – nicht zu diesem Zeitpunkt jedenfalls – unter der Last ihrer eigenen Geldnot. Irgendeine weiterführende Streikinitiative kam daher nicht in Frage. Das wiederum zeigt eine weitere Schwäche auf: die Angewiesenheit auf die



Obwohl den meisten Arbeitern die ausgehandelten 5 Pfund – bei Forderungen von 10 Pfund und mehr – zu wenig waren, nahmen sie notgedrungen das Angebot an, weil sie nach wochenlangem Streik oder Aussperrung keinen Penny mehr in der Tasche hatten (nur die Presswerk-Arbeiter bekamen von den Gewerkschaften ein klägliches Streikgeld). Im Falle ihrer Ablehnung erwarteten die Arbeiter von den Gewerkschaften keinen entschlossenen Einsatz für die Erfüllung ihrer ursprünglichen Forderungen, vor allem nach Bezahlung der lay-offs und der Ablehnung der Klauseln. Ohne eine alternative Organisation der Arbeit war ein erklärter Streik einfach nicht drin. Klar war ihnen bei der Annahme, daß sie trotzdem noch auf ihre Weise gegen die zweijährige Laufzeit, gegen die Disziplinierung und gegen die Intensivierung kämpfen würden.

Die Arbeiter organisieren sich

Und doch ist es der Stil, in dem sich die Arbeiter in Ford Dagenham täglich in ihren Abteilungen organisieren, der ihre Stärke ausmacht; mit der sie sich dann gegen die tatsächliche Erfüllung der Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten wehren.

Viele Abteilungen hatten lange dauernde Verweigerungen gegen die Zeitnehmer. Einige erhielten die Unterstützung ihrer Shop Stewards – aber jetzt haben die Gewerkschaften durch ihre Unterschrift jede solche Unterstützung unmöglich gemacht. Jetzt beginnt die Erhöhung der Bandgeschwindigkeit und die militanten Shop Stewards werden einerseits von den Arbeitern unter Druck gesetzt und andererseits vom betrügerischen Pakt der Gewerkschaften mit der Firma. Ein Steward im PTA z. B. drischt militante Phrasen: er würde von seinem Posten zurücktreten und empfahl seinen Arbeitern, sie sollen doch eine Guerillagruppe aufbauen. Obwohl dieser bestimmte Steward weiß, wie er militante Sprüche klopfen muß, und eben zugleich ein Vertreter der Interessen der Firma ist, hat er die zukünftige Entwicklung recht gut verstanden. Er hat weißen Arbeitern erzählt, es ist alles die Schuld der Schwarzen, die eben nur für Geld – und niemals für Prinzipien stimmen würden. Aber schwarze Ar-

Waffe Streik und nicht die volle Ausnützung anderer Taktiken, wie z. B. der Annahmeverweigerung von Neuzugängen, was die Produktion bei ungefähr 50–60 % der Kapazität gelassen hätte. (Bei Ausnützung der Knappheit von Arbeitskräften, die bereit sind, für Ford zu arbeiten.)

Die Arbeiter außerhalb des Presswerks haben niemals die Erfahrung von ihrer eigenen objektiven Stärke gemacht und Big Flame Flugblätter und Organisation waren nicht geeignet, diese Erfahrung zu vermitteln. Auf Abteilungsebene beschränkte Kämpfe verdeckten noch mehr diese Erfahrung – so auch die Gewerkschaften, die mitmachten, die Kämpfe zu dämpfen, anstatt zu versuchen, sie zu erweitern. Nur in dem Streik der Presswerke hat man begonnen, die Abteilungsborniertheit aufzulösen: zwischen Halewood und Dagenham – als sich Halewood Dagenham anschließt mit der Forderung nach Erhöhung der Schichtzulage und seine eigene ursprüngliche Forderung nach der Waschzulage aufgibt. Erstaunlich ist auch daß sich die Handwerker national, informell sogar auch außerhalb der NJNC (vergleichbar mit dem deutschen Konzernbetriebsrat) organisiert haben.

Die Shop Steward Komitees in Dagenham aber, die kein Interesse am Entstehen einer verallgemeinerbaren Streikbewegung der Fordarbeiter für eine erhebliche Grundlohnsteigerung hatten, zogen es vor, den alten Feindseligkeiten hinterherzurennen und die Produktionsarbeiter unter sich sowie Betrieb für Betrieb und Schicht für Schicht spalten zu lassen. (So auch die Spaltung zwischen dem KP dominierten Karosseriebau und dem alten rechten Gewerkschaftsflügel im PTA.)

Das hat seine Rückwirkungen gehabt und führte zu einer Bewegung unter den Shop Stewards im PTA, das JWC (Joint works Council, eine Art Betriebsratsversammlung) sausen zu lassen, weil es sich als unfähig erwiesen hatte, für die Forderungen der Arbeiter zu kämpfen.

Die jüngste Periode hat zu Polarisierungen innerhalb des Shop Steward Komitees geführt, wobei sich einige radikalisiert haben.

Als kurzfristige Organisationsform nehmen im Betrieb die Bandarbeiter-Komitees Gestalt an; formell oder informell sind sie die entwickelste Form. Der Kampf, eine viel breitere Organisation aufzubauen – eine Organsiation, die quer durch die Abteilungen geht und über die Betriebe hinaus, auch hin zu den anderen Städten, ist die langfristige Perspektive – wie auch der Kampf gegen die rassistischen Spaltungen.

Erhöhung der Bandgeschwindigkeit und Disziplinierung und die Antwort der Arbeiter

Seit der Unterzeichnung des Abkommens Anfang November, hat Ford eine Attacke gegen militante Arbeiter und Abteilungen in Gang gesetzt. Das unmittelbare Ziel ist, den kontinuierlichen Produktionsfluß wiederherzustellen, die Arbeiter davon abzuhalten, Sabotageaktionen an Wagen und Bändern oder kleinere Arbeitsniederlegungen zu machen, um mehr freie Zeit zu haben.

Um das zu erreichen, wird an einem neuen Disziplinarkodex gearbeitet, der in vieler Hinsicht allerdings schon angewandt wird. Arbeiter sind jetzt suspendiert worden für Sabotageakte, Auslassen von Handgriffen; für das Stechen ihrer Kollegen und einige wenige sind rausgeflogen. Aber die Antwort der Arbeiter darauf war ebenso stark. Schweißer auf beiden Schichten im Karossenwerk, dem Zentrum des Kampfes für das Waschzeitgeld, sind von Ford attackiert worden und reagierten mit Streiks und Sit-ins. Andere Produktionsarbeiter im Karossenwerk haben, als sie in einem dieser Fälle ausgesperrt worden waren, das Büro des Betriebsleiters kaputtgeschlagen. Und es gab keine Rückwirkungen in diesen Fällen.

Andere Abteilungen haben ihre Kollegen verteidigt, die wegen Sabotage an Wagen am Band disziplinarische Strafen bekommen haben. In der Tat hat sich der Kampf von der jüngsten Lohnoffensive auf eine neue Periode verlagert, in der die Arbeiter das verteidigen, was sie sich in den vergangenen Jahren erkämpft hatten. Das sind die Ergebnisse aus dem Kampf gegen die Arbeit:

1. Bezogen auf die Hierarchie, die Autorität in den Betrieben: Das Recht, die Anordnung des Vorarbeiters zu verweigern, ihn zu ignorieren, die Verweigerung an einen anderen Arbeitsplatz versetzt zu werden – und in einigen Abteilungen sogar das Recht, ihn durch Einschüchterung ganz außerhalb der Abteiung zu halten.
2. Das Recht auf zusätzliche Freizeit, gewonnen in der Hauptsache durch Sabotage an der Maschinerie oder durch Auslassen von Handgriffen oder durch halbfertige Arbeiten – so daß das Band angehalten werden muß – um den Reparateuren Zeit für die Reparaturen zu geben. Hier gehört auch die weitverbreitete Praxis hin, bis zu 2 Stunden früher zu verschwinden, während ein Kumpel für einen sticht.

Es scheint, als ob das Ford-Management es dieses Mal ernster meint mit dem Disziplinierungsversuch als sonst immer direkt nach den Vertragsabschlüssen. Aber anders als die meisten Automobilfabriken in der Welt, steht Ford mit seiner Produktion im Rückstand . . . es braucht sofort 30 000 Wagen – und die nur, um die Auslagen ihrer Händler wiederaufzufüllen. Gar nicht zu reden von den anderen noch offenen Aufträgen. Bis jetzt, dem 1. Dezember hat Form im Jahre 1974 144 000 Wagen verloren, die meisten davon in Dagenham. So wird Ford nicht vorhaben, irgendwelche größeren Störungen zu verursachen. Dennoch spielen sie immer ein verschlagenes Spiel: haben sie doch gerade die Entlassung von 1 750 Angestellten gefordert (insgesamt sind es 15 000). Kurzfristig werden Lay-offs in sehr politischer Weise benutzt werden, die verschiedensten Abteilungen gegeneinander auszuspielen. Es ist allgemeine Praxis im Karossenwerk in Dagenham, den militanten Arbeitern zu drohen, daß der gesamte Betrieb ausgesperrt würde, wenn sie nicht einlenkten.

Massenaussperrungen im amerikanischen und Kurzarbeit im kontinentalen Maßstab scheinen für die nahe Zukunft recht unwahrscheinlich. ●



Die Höchstgrenze für Sonderausgaben ist bei der Steuerreform auf 20.000 DM festgesetzt worden. Wer es sich leisten kann, 15.000 DM im Jahr für Altersfürsorge zurückzulegen, spart jetzt gegenüber bisher 1.275 DM. Doch, wer kann sich das leisten?

„Bischofswort" zu den Betriebswahlen (1. 3.-30. 5.):
„Lassen Sie nicht zu, daß extremistische Kräfte die vielfältigen Möglichkeiten der MItbestimmung im Betriebsrat für ihre ideologischen oder politischen Zwecke mißbrauchen können".

Nach 2-tägigen Verhandlungen einigten sich die Tarifpartner im Baugewerbe auf 6,6 %. Bauarbeiter die 12 Monate im selben Betrieb arbeiten erhalten außerdem 200,– DM, so daß die Gewerkschaften von einer realen Lohnerhöhung von 7,8 % schwafeln. Allerdings werden gerade im Baugewerbe die Arbeitsplätze so oft gewechselt und bei zahlreichen Firmen diese 200,– DM auf einen schon bisher gewährten Bonus angerechnet, so daß für die Unternehmer diese Vereinbarung „weitgehend kostenneutral sein dürfte" (FR).

6,5 Mio. waren im Dezember in den USA ohne Arbeit. Das ist der höchste Stand seit 13 Jahren.

Wie die Shell in Houston mitteilte, stiegen ihre Gewinne im 3. Quartal 74 um 158 %.

Hunger-Unruhen in USA?

LOS ANGELES, 23. Januar (AP). Die Polizei der amerikanischen Großstadt Los Angeles bereitet sich auf die Möglichkeit von Hungerunruhen als Folge der Wirtschaftskrise vor. Der zuständige Polizeioffizier Frank Brittell erklärte am Mittwoch: „Offen gesprochen, befürchte ich Unruhen und Kämpfe um Lebensmittel . . . die Wirtschaft, die Inflation und die Rezession sind von einer Art, daß die Polizeiverwaltung Vorbereitungen treffen muß."

2/3 der in den USA verkauften Hundenahrung wird von Menschen gegessen, (da das normale Fleisch zu teuer ist.)

Mit 4,9 Mio. Mark will die Bundesregierung die Feierlichkeiten zum 200-jährigen Jubiläum der USA unterstützen.

Aus einer Denkschrift der Baden-Würtembergischen Landesregierung: „Die freiwillige Rückwanderung der Ausländer soll . . . systematisch gefördert werden". „Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern mit schulpflichtigen Kindern soll unterbleiben".

Laut einer Meldung des Corriere d'Italia wurde auf einer geheimen Sitzung zwischen Vertretern der Bundesregierung, der Unternehmer und des DGB beschlossen,, **monatlich** 50.000 Ausländer abzuschieben.

Als Ergebnis einer Spenden-Kampagne unter den "mitarbeitenden Gruppen" haben wir 5.000,- DM unserer Schulden bezahlen können. Eine genaue Aufstellung der Spenden und der Finanzlage der WWA werden wir in der März-Nummer abdrucken.

Opel/Rüsselsheim:

★ Die Mafia haut sich selbst k.o.

Nachdem 1973 das Jahr der größten Niederlage unserer Betriebsarbeit durch unser vollständiges politisches Versagen am 23. August (Opel/Bochum streikte seit zwei Tagen) war, blies uns 1974 der steife Wind der Kurzarbeit und Entlassungen (z. T. als Abfindungen getarnt) ins Gesicht; und auch damit wurden wir nicht besser fertig. Das Opel-Kollektiv diskutierte und prügelte heftig bei der Blockräumung Bockenheimer&Schuhmannstraße. Wir machten krank nahmen Urlaub, um die FVV-Tarife ins Wanken zu bringen – erfolglos, wir engagierten uns in der Chile-Kampagne und debattierten über die RAF – folgenreich. Nur in Rüsselsheim bekamen wir kein Bein mehr auf den Boden.

Die Offensive des Opel

Dafür ging, wie schon geraume Zeit, unser Arbeitgeber, die Adam Opel A. G. um so entschiedener in die Offensive. Jeden Monat mindestens eine, wenn nicht zwei Wochen Kurzarbeit; das heißt: 1974 wurde fast nur die Hälfte des Jahres gearbeitet. Das bedeutete zwischen 50 DM und 100 DM weniger Lohn, da die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit ja noch nicht durchgesetzt ist. Und weiter: jeden Monat 40 bis 49 Kolleginnen und Kollegen weniger (erst bei 50 Entlassungen aufwärts mischt das Arbeitsamt mit) – dazu kommt noch die gestiegene Zahl der Fristlosen Entlassungen: Alkohol, Diebstahl, Sabotage ... Den Einstellungsstop gibt es schon seit Ende '73. Mal liefen 1 200 Rekord, Manta, Ascona täglich vom Band, mal „nur" 850, keiner blickte mehr durch. Man diskutierte über bevorstehende Massenentlassungen, auf Betriebsversammlungen wurden genaue Informationen und Diskussionen darüber gefordert, wie man sich dagegen wehren könne; und dabei blieb es, der BR beschwichtigte, Gerüchte und Unsicherheit blieben.

Dann kam vor dem Werksurlaub im Sommer die erste Abfindungsaktion. Sie war ein Schlag ins Wasser: man wollte mit einer kleinen Bestechungssumme die Alten, die nicht mehr so viel leisten, die unnützen Fresser loswerden – gegangen sind aber fast nur junge; denn die Alten wissen, daß sie heute nirgendwo mehr eine Arbeit bekommen. Gegangen sind bei den Angestellten die höher Qualifizierten und damit auch schwerer Ersetzbaren, bei den Arbeitern hauptsächlich Emigranten, viele Spanier, Italiener, Griechen, aber wenig Türken. Von sieben Wohnheimblocks für Ausländer stehen jetzt fünf leer. Rüsselsheims Einwohnerzahl sinkt von Monat zu Monat. Das Arbeitsamt ist total überlaufen: 3000 Arbeitslose bei 60 000 Einwohnern! Das Schwergwicht der Emigration hat sich ganz eindeutig auf die türkischen Kollegen verschoben, von Spaniern, Italienern und Griechen sind nur noch wenige im Opel geblieben. Und bei den Emigranten dasselbe wie bei den Deutschen: gegangen sind in der Mehrzahl junge, die alten sind in der Regel geblieben. Die zweite Abfindungsaktion vor Weihnachten sollte gezielter sein, sie sollte nicht nur Geld kosten, sondern dem Opel auch eine junge, dynamische und arbeitskräftige Belegschaft bescheren; dazu gab es Klauseln und Einzelbestimmungen (auch Entscheidungskompetenzen der Meister). Dennoch: auch diesmal blieb das Ergebnis im wesentlichen dasselbe. Der durchschnittliche Opelarbeiter heute: 40 Jahre alt, Deutscher natürlich und verdient immerhin noch über 10 DM pro Stunde. von 37 000 Kolleginnen und Kollegen Mitte 73 waren Ende 74 weniger als 30 000 übriggeblieben. – Die Emigranten, scheint es, sind heute den betrieblichen Angriffen der Unternehmer fast völlig schutzlos ausgeliefert: die Entlassungen, die Rausschmisse aus dem Wohnheim oder gleich der BRD (z. B. ganz kraß auch bei Ford/Köln, wie wir hören), die demütigende Behandlung auf den Arbeitsämtern scheinen reibungslos zu funktionieren, wir wissen nichts von unmittelbarem Widerstand dagegen. Aber auch die Schicht der Arbeiterklasse, die am ehesten in der Lage scheint, demokratische und rechtsstaatliche Rechte einzuklagen, die deutschen Facharbeiter also, sind stark von Angst und Einschüchterung betroffen. So hat es bisher beim Opel reibungslos geklappt, daß im Zuge der Produktionsdrosselung und Umstrukturierung Facharbeiter (z. B. Kfz-Schlosser aber auch welche aus dem Preßwerk-Instandhaltung, die eine Hochburg der Juso/DKP-Politik war und ist) ans Band gestellt wurden und jetzt Auspuffe oder sonstwas montieren – das allerdings noch für ihren alten Lohn (ca. 13 DM pro Stunde)! Das bedeutet sehr viel, wenn man bedenkt, daß die (bisherige) relative Freizügigkeit, die relativen Privilegien dieser Kollegen die unmittelbare materielle Basis ihrer Positionen waren: die Distanz zu den bemitleideten, ein wenig verachteten und ein Gutteil beargwöhnten Bandarbeitern; man hatte – im Betrieb – Zeit, sich politische Gedanken zu machen, Kontakte zu fortschrittlichen Kollegen entfernter Abteilungen aufzunehmen, zu diskutieren, man kämpfte selten um unmittelbare Interessen, man konnte es sich leisten, langfristig die Veränderung gewerkschaftlicher Gremien zu planen und sich **für die anderen Opel-Kollegen** einsetzen. Ein Teil dieser Kollegen hat sich diesen Handlungsspielraum und diese Privilegien (und jetzt ging es einmal unmittelbar um die eigenen Interessen) widerstandslos nehmen lassen. Ein Zeichen dafür, daß Unsichrheit und Angst auch unter dieser Schicht der Arbeiterklasse Platz gegriffen haben.

Das heißt nun nicht, daß es unter den Opel-Arbeitern jetzt nur noch Angst und Bewegungslosigkeit gibt. Sehr vermittelt hat die Bewegung der Arbeiter in den letzten Jahren und vor allem die Streikwelle von 1973 auch hier ihre nicht auslöschbare Wirkung gehabt und ein verändertes Selbstbewußtsein der Arbeiter hervorgebracht. Ein oberflächliches Indiz dafür ist z. B., daß bei den Landtagswahlen im letzten Herbst der SPD-Anteil in Rüsselsheim nur ganz minimal gesunken ist. Eine deutlichere Sprache sprechen schon einige betriebliche Auseinandersetzungen in den Abteilungen: bei Umbesetzungen und damit Auseinanderreißen alter Stamm-Mannschaften gab es häufig Stunk, genauso wegen Abstoppereien bei reduzierter Produktion, wegen ausgeschalteter Heizung usw. Ein weiteres Zeichen: zum ersten Mal gibt es eine (relativ) offen auftretende Gruppe von IG-Metallern, die eine klare Kritik an der rechten Betriebsratsmehrheit übt; sie argumentiert von einer quasi Juso-Position her und fordert für die Betriebsratswahlen im Mai 75 entweder Persönlichkeitswahl oder eine Oppositionsliste. An der vorsichtigen Offensive dieser Gruppe läßt sich in gewissem Maße eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb des Betriebes ablesen. Das läßt sich ganz gut an den Reaktionen auf die Entlassung eines jüngeren Kollegen ablesen (über die Fakten: der „Frankfurter Rundschau" – Artikel auf dieser Seite).

Nicht wird in dem FR-Artikel erwähnt, daß Verschuer dem Betriebsratsvorsitzenden Paul Lorenz noch die Platte „Hey Boss, ich brauch mehr Geld" geschenkt hatte – mit dem Satz: „... wir auch, z. B. 300 DM linear, wie's viele Betriebsräte letztes Jahr tatsächlich gekriegt haben." Wenige Tage später war Verschuer entlassen, fristlos; Kündigungsgrund war u. a. sein Bericht auf der BV über einen Vorfall in der Abteilung, in dessen Verlauf der bedrängte Meister fast mit der Mülltonne unters Regal gerutscht wäre. Die fristlose Entlassung sprach sich blitzschnell im Betrieb herum und löste Betroffenheit aus: die einfachsten demokratischen Rechte, wie das auf freie Meinungsäußerung schienen abgeschafft. Dann aber solidarisierten sich die Jusos und, viel wichtiger, die Vertrauensleute mit Verschuer – und ihre Erklärung war die erste harte Kritik an den Praktiken des Betriebsrats:

Ebenfalls nahezu einstimmig verurteilte die Vertrauensleutevollversammlung aufs schärfste die fristlose Entlassung des Kollegen Verschuer und solidarisierte sich mit ihm. In dem Initiativantrag heißt es: „Die Geschäftsleitung hat den Kollegen am 28. Oktober wegen seiner auf der Betriebsversammlung vorgebrachten Kritik an den Zuständen in seiner Abteilung ohne jede Überprüfung der Vorwürfe entlassen. Wenn das Recht auf Redefreiheit von der Geschäftsleitung so eindeutig mit Füßen getreten wird, dann dürfte sich für die Zukunft niemand mehr bereit finden, in einer Betriebsversammlung an der Diskussion teilzunehmen. Wir fordern die IGM-Verwaltungsstelle Darmstadt auf, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die Wiedereinstellung des Kollegen Verschuer durchzusetzen."

Vorher Betroffene hören

Der Antrag der Vertrauensleute enthält die abschließende Passage: „Um in Zukunft zu verhindern, daß solche und andere Entlassungen sang- und klanglos im Schnellverfahren über die Bühne gezogen werden, fordern wir den Personalausschuß für Lohnempfänger, verkörpert durch die Betriebsrätekollegen Noß, Adam und Muders, auf, vor jeder anstehenden Entlassung den Bereichsbetriebsrat und die Betroffenen zu unterrichten. Die Vertrauensleutevollversammlung fordert den Betriebsrat auf, diese Forderung als Abänderung in seiner Geschäftsordnung aufzunehmen."

Rüsselsheimer Echo 22. 11. 74

Vor allem dieser Geschäftsordnungs-Änderungsantrag war ein deutlicher Schlag gegen die Betriebsratsmehrheit. Schon da ging es nicht mehr nur um die Entlassung, sondern auch um das Kräfteverhältnis der beiden Gewerkschaftsfraktionen und damit um die Vorbereitung der Betriebsratswahl im Mai. Die rechte Betriebsratsmehrheit wehrte sich auf ihre Weise: plump, dumm, mit dem großen Hammer, der nach hinten los geht. Auf der Betriebsversammlung vom 5. Dezember sprach BR-Vorsitzender Lorenz geheimnisvoll von „Untersuchungen", die man angestellt habe: der Entlassene sei gar kein Arbeiter, sondern Freiherr, besitze mehrere Landgüter, ein Jahreseinkommen von 40 000 DM, sei außerdem ein Linksradikaler, habe Soziologie und Politik studiert, sei von einer revolutionären Gruppe „eingeschleust" worden und – jetzt wird's wichtig – habe im Betrieb Kontakt zu gewissen Betriebsräten

(Fortsetzung Seite 10) →



RÜSSELSHEIM. Die Opel AG hat in den letzten Monaten Leute entlassen, die nach Auffassung der Geschäftsleitung sehr oft gefehlt oder krankgefeiert haben. Von den Betroffenen sind beim Arbeitsgericht Darmstadt einige Klagen anhängig. Aus dem Rahmen der Kündigung von angeblichen „Bummelanten" fällt die fristlose Entlassung des 26 Jahre alten Wolf Dietrich von Verschür. Dieser erhielt die Kündigung, nachdem er auf einer Betriebsversammlung am 15. Oktober kritische Äußerungen gemacht hatte.

Die Geschäftsleitung warf von Verschür vor, seinen Meister und Vorgesetzten verleumdet zu haben. Die IG Metall widersprach dieser Ansicht. Sie vertritt ihr Mitglied vor dem Arbeitsgericht, wo sie auf Wiedereinstellung klagt.

Weil Wolf Dietrich von Verschür in der Betriebsversammlung am 15. Oktober Kritik an Zuständen im Unternehmen geübt hatte, flatterte ihm das Kündigungsschreiben zu. Vorgeworfen werden dem seit 16. April 1973 als Linienfahrer in der Opel-Materialabteilung beschäftigten Mann im Kündigungsschreiben vom 28. Oktober folgende Äußerungen in der Betriebsversammlung gegen seinen Meister: „Er kennt sich in der Abteilung nicht aus." — „Er kennt die Linie nicht und ist noch nicht einmal in der Lage, Lieferscheine korrekt auszufüllen. Das hat er einmal getan. Es sind drei Viertel der Lieferscheine als unrichtig ausgefüllt wieder zurückgekommen." — „So haben wir uns einmal um ihn herumgestellt und haben ihn beschimpft. Er stand so in der Ecke, daß er beinahe mit einem Abfallbehälter unter die Gestelle gerutscht wäre." — „In der Einstufung der Mitarbeiter ist er ungerecht."

Wegen dieser „Verleumdungen" und da von Verschür bereits am 17. Oktober verwarnt worden war, kündigte ihm Opel fristlos.

Dem widerspricht die IG-Metall-Rechtsstelle in ihrer Klageschrift: „Wenn nun die Beklagte (Adam Opel AG) den Diskussionsbeitrag des Klägers als Verleumdung eines Vorgesetzten bezeichnet und daraus die Begründung für eine fristlose Entlassung sucht, so ist dieser Auffassung der Beklagten keinesfalls beizutreten." Von Verschür habe niemals die Absicht gehabt, seinen Vorgesetzten zu verleumden oder zu beleidigen. Wenn er seine Auffassung in einer mehr oder weniger deutlichen Form vorgetragen habe, dann deswegen, um diese vermeintlichen Mißstände nicht zu bagatellisieren.

Den Rahmen für Diskussionsbeiträge auf Betriebsversammlungen für die Äußerungen ungeschulter Redner will die Metall-Gewerkschaft großzügiger gezogen wissen als die Opel-Geschäftsleitung. Angedeutet wird aber auch der prinzipielle Konflikt in dieser Frage über den Fall von Verschür hinaus: „Wenn in einer Betriebsversammlung alle Diskussionsbeiträge der ungeschulten Redner auf die Goldwaage gelegt werden, dann dürfte sich für die Zukunft niemand mehr bereit finden, in einer Betriebsversammlung an der Diskussion teilzunehmen. Unter solchen Umständen wäre dann das legitime Forum für die freie Meinungsäußerung der Arbeitnehmer über betriebliche Angelegenheiten eine Farce."

Besonders unter den 700 Vertrauensleuten der IG Metall bei der Adam Opel AG, die die Sorgen und Nöte der Arbeitnehmer vor Ort aufnehmen, sie an den Betriebsrat weitergeben und in eigenen Beschlußfassungen verwerten, hat die Kündigung des Wolf Dietrich von Verschür Unruhe darüber ausgelöst, wie frei die freie Meinungsäußerung von Arbeitnehmern in Betrieben wirklich ist.

Im Hintergrund steht auch die angespannte Lage der Automobilindustrie. Seit Wochen ist das Klima am Arbeitsplatz bei Opel schlechter geworden. Dazu haben auch die zahlreichen Entlassungen von angeblichen Bummelanten und anderen Säumigen in den zurückliegenden Monaten geführt. Weil manche Opelaner Furcht vor der Entlassung als Bummelanten hätten, kämen sie sogar krank an den Arbeitsplatz, erklärte der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates, Rudi Hahn. So wird von Gewerkschaftern jede Maßnahme in dem größten hessischen Metallunternehmen auch im Zusammenhang mit der Verlautbarung der Geschäftsleitung gesehen: Man werde alles zur Sicherung der Arbeitsplätze tun. Dazu gehört auch die betriebswirtschaftliche Formel, daß die Beschäftigtenzahl bei Opel dem gesunkenen Absatz angepaßt werden müsse.

FR 11. 11. 74

HEUT IS DIE LAW MIM HAM

Die folgenden zwei Texte handeln von der Geschichte eines städtischen Betriebs in Frankfurt: den „Lehrlings-Ausbildungs-Werkstätten" (LAW); die Stadt bildet dort ihre gewerblichen Lehrlinge aus. Die LAW ist der Betrieb Frankfurts mit der entschiedensten und radikalsten Kampfgeschichte der letzten Jahre. – Der erste Text (er ist von einer LAW-Genossin geschrieben, die vor kurzem entlassen wurde) versucht, anhand der Höhepunkte der Kampfbewegung bei der LAW die gemachten Erfahrungen und die Probleme konkret darzustellen; der zweite

Text (er wurde nach Diskussionen zwischen der LAW-Genossin und einem RK-Genossen von diesem Genossen geschrieben) versucht, allgemeiner auf die politischen Ursachen dieser Bewegung und ihre gegenwärtigen Schwierigkeiten einzugehen.

Der Streik 1970:

Gegen Entlassungen in der Probezeit!

Drei Lehrlinge sollten nach der Probezeit rausfliegen. Die Begründung war, sie wären für den Beruf nicht geeignet. (Alle drei haben heute ihre Gesellenprüfungen mit Erfolg bestanden!) Bei einem versuchte die LAW, ihn über die Eltern zur freiwilligen Kündigung zu veranlassen. Er hat es auch gemacht, aber als der Streik anfing wieder zurückgenommen. Es gab damals sehr aktive Jugendvertreter, die zum Teil (zwei) in der SAG (Sozialistische Arbeitergruppe; gehört irgendwie zur trotzkistischen Bewegung) waren. Auf einer Jugendversammlung wurde nach Bekanntwerden der Kündigungen diese diskutiert und als Ergebnis ein Streik dagegen beschlossen. Die Forderungen der Lehrlinge waren:

- Zurücknahme der Entlassungen!
- Prinzipiell keine Entlassungen in der LAW während der Probezeit aus Nichteignungsgründen (die Probezeit bei Lehrlingen dauert drei Monate).

Die LAW reagierte zunächst hart. Alle Eltern der Lehrlinge bekamen Briefe, in denen mit Entlassung gedroht wurde, falls die Lehrlinge weiter den Streik machen würden. Aber es war ein unheimlich einheitliches Verhalten, was auch andersdenkende Lehrlinge zwang, sich unterzuordnen. Diesem Verhalten konnte die LAW schwer was entgegensetzen. Transparente wurden aus dem Fenster der LAW gehängt, eine Streikleitung gewählt, die auch ein Info herausgab. Jeden Tag traf man sich in der LAW. Das war besonders wichtig, um die Streikfront geschlossen zu halten. Die ÖTV reagierte zunächst nicht, obwohl sie informiert wurde. Ungefähr am 2. oder 3. Streiktag erschien ein Vertreter der ÖTV, der versuchte abzuwiegeln: man solle den Streik beenden, Lehrlinge hätten keine Druckmittel in der Hand. Vielmehr solle man auf dem Verhandlungsweg ÖTV – Stadt versuchen, die Forderungen durchzusetzen. Der ÖTV-Vertreter wurde ausgepfiffen und rausgeschmissen. Als die ÖTV merkte, daß sie mit ihrem Vorgehen nichts erreichen würde, entschloß sie sich dann, den Streik gutzuheißen. Aber nur in Worten, finanziell unterstützte sie die Lehrlinge nicht.

Die LAW war erstaunt, daß sich nach vier Tagen Streik noch kein Abbröckeln zeigte und kein Nachgeben von Seiten der Lehrlinge zu erkennen war. Und als die ÖTV dann auch sagte, daß die Forderungen berechtigt seien, gab die Stadt nach. Die Lehrlinge wurden nicht entlassen, und es wurde schriftlich festgelegt, daß in der LAW während der Probezeit keiner mehr aus Nichteignung rausfliegen kann. Das war ein unheimlich wichtiger Kampferfolg. Denn die drei Monate Probezeit sind eine schlimme Zeit für die Lehrlinge: sie haben noch überhaupt keine Erfahrungen, wissen nichts von Betrieb und Rechten, sind ganz leicht unter Druck zu setzen und einzuschüchtern, sie haben immer Angst. Keine Entlassungen in der Probezeit, das ist ein praktischer Schritt gegen diese Angst.

Sommer 73

Teuerungszulage

Die Forderung nach einem Teuerungszuschlag kam von den Außenbetrieben: Müllverbrennung und Friedhofsamt. Viele Betriebe der Stadt schlossen sich der Forderung an, u. a. auch die LAW. Wir argumentierten damals so, daß auch für die Lehrlinge alles teuerer geworden ist und da die meisten Lehrlinge wegen ihres niedrigen Lohns von den Eltern unterstützt werden müssen, so eine Zulage auch den älteren Kollegen, die Kinder in Ausbildung haben, zugute kommt. Allgemein erhielten wir so auch die Zustimmung der älteren Kollegen. Die ÖTV sah sich wieder mal vor das Problem gestellt, zu reagieren. Sie versuchte mit allen Mitteln, es zu keiner einheitlichen Front kommen zu lassen, indem sie so argumentierte: Wir preschen jetzt vor und werden dann von den Kollegen im Stich gelassen. Die Kollegen sind nicht kampfbereit. Sparen wir unsere ganze Kraft für die Tarifrunde . . . Trotzdem kam es zu einer gemeinsamen Vertrauensleuteversammlung, auf der jeder die ungeheure Kampfbereitschaft spürte. Die Kollegen wiesen darauf hin, daß in vielen Metallbetrieben die Forderung schon durchgesetzt sei und die ÖTV sowieso bloß nachzieht. Wir von der LAW organisierten eine Versammlung aller Auszubildenden der Stadt (also zusammen mit denen vom Ausbildungsamt, das sind die, die für die Arbeit in den städtischen Ämtern und Büros ausgebildet werden). Wir argumentierten so, daß es vor allem darauf ankommt, ein gemeinsames Vorgehen mit den anderen Betrieben zu erreichen. Es wurde ein Flugblatt gemacht, das auch vom Vertrauensleutekörper unterzeichnet wurde. Dieses Flugblatt brachten wir in die einzelnen Betriebe. Wir hatten da in manchen bösen Ärger. Der Personalrat der Stadtwerke Verkehr sagte z. B. dem Meister der Omnibushauptwerkstatt, er solle mich aus dem Betrieb rausschmeißen, weil ich ein Flugblatt hätte, daß nicht von der ÖTV-Kreisverwaltung gebilligt sei. Der Meister konnte mich aber nicht rausschmeißen, weil ich dort arbeitete. Es war aber unheimlich wichtig und richtig, daß wir von uns aus versuchten, Kontakt zu den Vertrauensleuten der Außenbetriebe zu kriegen, so daß die ÖTV-Bürokraten nicht mehr die Uneinigkeit und Ungeschlossenheit zum Vorwand nehmen konnten, den kleinsten Widerstand zu brechen. Wir haben dann auch mit einigen VL diskutiert, die schwer in Ordnung waren und uns recht gaben.

Auf der nächsten VL-Sitzung gings dann auch hoch her. Wolf (Kreisvorsitzender der ÖTV) persönlich war erschienen und redete stundenlang über die bevorstehenden schwierigen Tarifauseinandersetzungen und daß dafür alle Energien gespart werden müssen und man den Teuerungszuschlag dort reinholen müsse. Daß jetzt das Kräfteverhältnis ungünstig sei. Es gelang den eingeschworenen Freunden der Gewerkschaftsbürokratie (u. a. Halberstadt vom städtischen VLK) auch wieder ein Klima der Unsicherheit über die Kampfbereitschaft zu verbreiten, so daß die Entschlossenen keine Chance hatten, sich durchzusetzen. So war's gelaufen.

Januar 74:

ein paar Kilo zuviel – für den Betrieb untragbar?

M. arbeitete seit einem Jahr als Autoschlosser in der OHW (Omnibushauptwerkstatt). Er hat bei der LAW gelernt und war dort während seiner Lehrzeit Jugendvertreter. Als er als Geselle übernommen werden sollte,

---

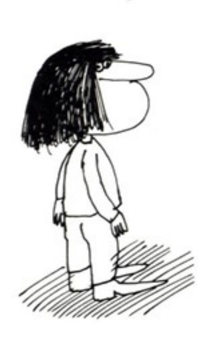
Wie kein anderer Betrieb Frankfurts ist die LAW seit 1970 von einer Serie offener Kämpfe und Auseinandersetzungen gekennzeichnet. Es gab zwei erfolgreiche Streiks gegen Entlassungen, es gab fast jedes Jahr Versammlungen, Demonstrationen und Streiks zur Tarifrunde, und es gab und gibt den Kampf um ein Jugendzentrum. Bezugspunkt und organisatorisches Hilfsmittel und Gerüst dieser Auseinandersetzungen war immer die Jugendvertretung gewesen, die somit ein Instrument der Kontinuität und Organisierung war; dennoch war es immer mehr als der demokratische, legalistisch geknebelte Abwehrkampf: die Jugendvertretung war ein Instrument der Bewegung, nicht umgekehrt. (Das war natürlich nur die Tendenz und nicht in jeder Situation Realität. Zwar gab es in vielen Konflikten die Möglichkeit, mit richtigen Vorschlägen einer latenten Aktionsbereitschaft vieler zum Tragen zu verhelfen – oft genug sah es aber auch so aus, daß die Jugendvertretung immer und immer wieder Sachen anleiern mußte und sich dabei gegen die resignative Ablehnung der andern durchsetzen mußte.) Was die Bewegung bei der LAW kennzeichnet: Sie war ein umfassender, vom Betrieb ausgehender, aber nicht auf ihn beschränkter Kampf um die Interessen der Lehrlinge. Der Kampf gegen Entlassungen in der Probezeit gehörte genauso dazu, wie der Kampf gegen – offene oder getarnte – politische Entlassungen, der Tarifrundenkampf (gemeinsam mit den Kollegen von Post und ÖTV) genauso wie der Straßenkampf gegen die Fahrpreiserhöhung oder der Kampf für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Und immer wieder gelang es, Aktionsformen zu entwickeln, die – von einer kleinen Gruppe vorgeschlagen und eingeleitet – zu praktischen Lernprozessen für alle wurden, so z. B., wenn im Kampf gegen eine Entlassung der Personaldezernent der Stadt zu einer öffentlichen Diskussion herzitiert wurde und sich entlarvte.

Doch so schön und glatt wie es klingt, ist es nicht. Von einer Kontinuität und Perspektive der Bewegung bei der LAW kann heute nicht mehr so ohne weiteres die Rede sein. Der Kampf gegen die Entlassung von Beschäftigten bei der Stadt nach der Räumung des besetzten Hauses in der Varrentrappstraße im Herbst 74 war eine Niederlage – und die ist nur ein weiteres Beispiel für ein altes Frankfurter Problem: daß es eine Strecke weit gelingt, radikale, nicht-reformistische Ansätze zu bilden, ihnen eine beschränkte Massenbasis und auch Kontinuität zu verschaffen, daß es aber immer **nicht** gelingt, diese Ansätze wirklich zu stabilisieren, ihnen einen tragfähigen organistorischen Rückhalt zu geben und die Verbindung zu anderen Ansätzen von Bewegung (hier: die Post oder Teile des öffentlichen Diensts oder auch die Jugendzentrumsbewegung in verschiedenen Stadtteilen) mehr als nur punktuell und in Aktionssituationen herzustellen. Ein bekanntes, in der WWA oft beschriebenes Problem. In der Darstellung der Geschichte der LAW und ihrer Konflikte sollen die Gründe dafür klargemacht werden.

Die LAW ist ein sehr kleiner Betrieb (maximal 150), dennoch ist sie für die ökonomische und politische Struktur Frankfurts sehr charakteristisch; die verschiedenen Elemente, die hier zusammenkommen, machen die Sprengkraft der LAW aus. – In der Einleitung des Berichts der VDO-Betriebsgruppe in WWA 24 weisen die Genossen darauf hin, daß Frankfurt nicht nur die Stadt des Straßenkampfes, sondern auch eine Arbeiterstadt ist und daß da Aufgaben für die Zukunft liegen. Das bedarf einer Präzisierung: so wichtig auch in Frankfurt die Bewegung in den Industriebetrieben (mit hohem Ausländeranteil) ist – geprägt wird diese Stadt von einer anderen Schicht der Arbeiterklasse, den Arbeitern und kleinen Angestellten im öffentlichen Dienst, im Dienstleistungssektor, bei der Post etc. (das ist etwas ganz anderes als die ideologische Illustrierten-Vorstellung von der „Bankenmetropole" Frankfurt, der zufolge hunderttausende in den Vorzimmern von Bankdirektoren hocken). Dazu gehört auch die LAW. Das ist unmittelbar von politischer Bedeutung. In allen privaten Industriebetrieben Frankfurts gab und gibt es nur sehr schwache und voneinander isolierte Ansätze von Lehrlingsbewegung (das liegt an der allgemeinen Isoliertheit und damit politischen Schwäche der Industriebetriebe in Frankfurt); und wo es diese Bewegung wirklich gibt, da ist es außerhalb des Betriebs: in den Jugendhäusern und Jugendzentrumsinitiativen. Anders bei der LAW: Obwohl sie kaum Kontakt zu anderen Lehrlingsinitiativen hatte, gab es für sie (erst einmal) das Problem der Isolation und damit Wirkungslosigkeit nicht. Denn die bisher stabilsten Ansätze von Arbeiterbewegung in Frankfurt entwickelten sich, über mehrere Tarifrunden hinweg, bei der Post und im öffentlichen Dienst (z. B. Müllabfuhr). Deren Tarifrunden (und nicht die Metalltarifrunde) geben den Ton an, sie sind der geschlossenste und entwickelste Ausdruck von Arbeiterbewegung hier. Auf diesem Hintergrund und

---

Was ist die LAW?



In der Lehrlingsausbildungswerkstätte der Stadt FFM werden 120 bis 160 Lehrlinge für folgende Berufe ausgebildet: Betriebsschlosser, Mechaniker, Kfz.-Mechaniker, Kfz.-Elektriker, Energieanlagenelektroniker (früher Elektromechaniker und Starkstromelektriker), Maschinenbauer und Schreiner. Die LAW hat die Funktion den Facharbeiternachwuchs für die städtischen Betriebe (z. B. Gartenamt, Omnibushauptwerkstatt, Kraftwerk usw.) auszubilden. Die Ausbildung ist in drei Abschnitte aufgeteilt:

1. Grundausbildung in der LAW (drei bis sechs Monate)
2. Ausbildung in den Außenbetrieben (zwei Jahre oder länger)
3. Prüfungsvorbereitung in der LAW (drei bis sechs Monate).

Die längste Zeit der Ausbildung verbringen die Lehrlinge also in den verschiedenen Außenbetrieben der Stadt.

MER WIDDER DA – DER KAMPF DER STÄDTISCHEN LEHRLINGE

auch mit diesem Schutz konnten sich, trotz Streikverbot für Lehrlinge, die eigenen Initiativen der LAW-Lehrlinge entwickeln. Es gab eine betriebliche Bewegung, an der man anknüpfen, der man sich anschließen und deren Kampfformen man an einzelnen Punkten (Demonstrationen; Streiks ohne Weisung der örtlichen Gewerkschaftszentrale) überschreiten konnte. Auf der Basis und mit dem Rückhalt einer relativ entwickelten radikalen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung konnten in den Tarifrunden Initiativen **praktisch tragend und weitertreibend** werden, deren Wurzeln ganz woanders liegen: in den viel unmittelbareren Kampfbedürfnissen der Lehrlinge, die schon im Häuserkampf massenhaft und sicher nicht folgenlos ihren Ausdruck fanden.

Der zweite Grund für die politische Bedeutung der LAW: Sie ist nicht irgendein Betrieb, sondern war für lange Zeit als Musterbetrieb fortgeschrittener sozialdemokratischer Reformpolitik gedacht. Was heißt das? Seit Jahrzehnten herrschen in Frankfurt die Sozialdemokraten, seit Jahren hat deren linker Flügel über Ämter und Positionen praktischen Einfluß, bestimmt im großen und ganzen die Linie der Frankfurter Sozialdemokratie. Die LAW war ein Punkt, wo die Sozialdemokraten auf den Betrieb praktisch Einfluß nehmen konnten (was ihnen sonst ja versagt blieb), sie sollte ein Modellfall fortschrittlicher, auf den Menschen zugeschnittener Politik sein. Das bedeutete: weniger unmittelbare, „unnötige" Repression, mehr Gewährenlassen, mehr Rechte der Lehrlinge, mehr Platz für Diskussionen und Versammlungen, avantgardistische Schulprojekte in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule (die in Frankfurt ebenfalls in den Händen der linken Sozialdemokratie ist) usw. Durch diese keineswegs antikapitalistische, aber in einzelnen Punkten fortschrittliche Tendenz wurde der Druck, dem Lehrlinge sonst in jedem Industriebetrieb auf Schritt und Tritt ausgesetzt sind, gelockert. Es entstand eine Art Freiraum, der **mit** die objektive Basis für die Bewegung bei der LAW wurde. Der Prozeß, den so über Jahre hinweg die Lehrlinge der LAW durchmachten, gleicht in vielem den (praktischen) Erfahrungen, die die Arbeiter mit der Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung gemacht haben: Forderungen und Interessen werden zuerst unterstützt, um später von denselben sozialdemokratischen Propagandisten praktisch bekämpft zu werden. Mit einem Unterschied nur: Der Stand der Auseinandersetzung war hier immer weit entwickelter, es ging nicht nur um mehr oder weniger Geld, es ging gegen die demütigende Betriebshierarchie, gegen die Autorität von Vorgesetzten überhaupt, um die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Lehrlinge (der Kampf der LAW-Lehrlinge war immer sehr viel umfassender, in seinen Inhalten weiterreichender und oft auch mit existentiellen Konsequenzen verbunden. Die Avantgarden der Arbeiterbewegung in der BRD: Das ist heute in der Regel der Typ des emsigen, sozialistisch denkenden, in SPD oder DKP organisierten Wühlers, der neben seiner aufrechten politischen Arbeit und unberührt von seiner Familie, seine Freundschaften und seine Vorurteile, kurz: seinen entfremdeten Lebens- und Bewußtseinszusammenhang hat und – irgendwie – damit zufrieden ist. Ganz anders hier: Der Kampf bei der LAW zog viele existentiell und subjektiv hinein, er machte bei vielen nicht vor der Tür der elterlichen Wohnung halt. Es gab welche, die – noch während der Lehre – von zu Hause weggezogen sind, es gab auch welche, die eine Wohngemeinschaft versucht haben, es gab auch welche, die den kapitalistischen Zwang zur täglichen Arbeit nicht mehr ausgehalten haben, die immer häufiger krank gemacht oder auch ihre Lehre abgebrochen haben. Wir himmeln das nicht an als den konsequenten Kampf gegen die kapitalistische Arbeit – wir weigern uns aber auch, darin nur Abfallprodukte, „kleinbürgerliche Ausweichmanöver" und Dekadenz zu sehen. Es handelt sich um Probleme, die jede radikale Bewegung aufwirft und die beantwortet werden müssen.) Die Auseinandersetzungen bei der LAW haben einen roten Faden: der Konflikt mit dem sozialdemokratischen Magistrat, der im Laufe der Entwicklung immer deutlicher zu den Mitteln der Repression und Einschränkung griff (das Volkshochschulprojekt z. B. ist inzwischen ersatzlos gestrichen).

Daß die ökonomische und politische Repressionsoffensive gegen die Arbeiterbewegung in den Betrieben in der Situation der Krise ihre Wirkung gehabt hat, ist leicht zu erklären. Schwerer ist zu verstehen, warum sich im Moment auch bei der LAW sehr wenig regt. Denn es gab ein politisches Selbstbewußtsein der LAW-Lehrlinge (nicht nur der wenigen politisch Aktiven), das sich in einer Kette von praktischen Auseinandersetzungen herausgebildet hatte und Eigengewicht und Perspektive zu haben schien; es gab die Erfahrung der eigenen Stärke, viele hatten konkret erlebt, wie sozialdemokratische Schwätzer an der Macht sich entlarvten und plötzlich auch nichts anderes mehr hatten als den Knüppel, es gab während der Tarifrunden Ansätze zu einer Verbindung zu den organisierten Kernen von Arbeiterbewegung bei Post und öffentlichem Dienst. Insgesamt also Erfahrungen, Kampfformen und ein politisches Bewußtsein, die viel weitergehender und klarer waren als bei der sonstigen betrieblichen Arbeiterbewegung in der BRD. Keine Gefahr, schien es, daß die sich unterbuttern und in die Verwirrung treiben lassen. Dennoch heute Ratlosigkeit bei denen, die die Auseinandersetzungen der letzten Jahre entscheidend mit getragen haben – und auf der andern Seite ein gewisser Erfolg der Schrebergarten-Politik des KBW: Der weiß was zu sagen zur Perspektive und zur Organisierung.

Die LAW hatte jahrelang einen informellen Führungskader – daß er informell war, das genügte lange Zeit, um in praktischen Auseinandersetzungen richtig zu intervenieren oder sie erst zu solchen zu machen, mehr noch: Es war sogar in gewissem Sinne Garantie dafür, daß wirklich von Bedürfnissen der Lehrlinge her entschieden und gearbeitet wurde. Zwar nicht unversehens, aber von den Betroffenen unbemerkt stellten sich aber im Laufe der Zeit veränderte Bedingungen ein (vor allem: harte Konfrontation und Repression), die andere, bewußtere Formen von Intervention forderten.



Darauf wußte niemand eine Antwort, es war wie ein Film, der vorbeiläuft. Wir können heute nicht mehr als die Richtung angeben, in der Antworten gefunden werden müssen. Da ist eins schon längere Zeit klar: Vertrauen auf die Kraft und Bewußtheit, die sich spontan in Aktionssituationen herausbilden, genügt heute nicht mehr; die politischen Inhalte und Aussagen, die man im Kopf hat, mögen noch so richtig sein – im richtigen Moment damit zur Stelle zu sein, reicht heute nicht mehr. Die Gründe dafür kennt jeder: Wer heute kämpft, hat in jedem Fall einen ungleich geschulteren und härteren Gegner zum Gegenüber als vor Jahren; Ansätze entwickeln sich nicht mehr so ohne weiteres in aller Freiheit und Unbekümmertheit. Wer sich wehrt, muß das vorbereiten. Ein Beispiel ist die Tarifrunde: Es ist den LAW-Lehrlingen **in** der Tarifrunde gelungen, die Verbindung zu anderen Ansätzen von Bewegung spontan herzustellen; das war von minimalem praktischem Nutzen. In der Zukunft ist mehr nötig: diese Verbindung von langer Hand vorbereiten, damit sie in den kommenden Kämpfen **tragfähig** sein kann. Was das heißt? In jedem Fall eins: Bruch mit einer geliebten und gehätschelten spontaneistischen Vorstellung, derzufolge bei allen Versuchen von Lehrlingen, gemeinsam was zu machen, nichts gefährlicher und zerstörerischer sei als die böse „Politik", die den Armen aufgezwungen wird und sie daran hindert, das zu machen, was sie angeblich „eigentlich" wollen und was angeblich viel revolutionärer sei: zusammen trinken, zusammen reden, zusammen tanzen, zusammen Feste feiern, zusammen, zusammen, zusammen zu sein, sein, sein. Gerade die jahrelangen Auseinandersetzungen bei der LAW zeigen, daß jeder Kampf zwar sein Eigengewicht hat und sich in ihm ein Stück Selbstbewußtsein, Stärke und Identität der Kämpfenden herausbildet, daß jeder Kampf aber auch weitergehende Fragen aufwirft, die sich gerade nicht von Selbst beantworten: **politische** Fragen, Fragen der Perspektive. Antworten darauf sind von **unmittelbarer** Bedeutung und Notwendigkeit, denn sie tragen dazu bei (garantieren nicht), daß Erfahrungen nicht verlorengehen, daß das Gemeinsame an verschiedenen Kämpfen herausgearbeitet wird, daß der Kern und die Ursache gemeinsamer Interessen klar werden, daß der gemeinsame Gegner unabhängig von einer konkreten Kampfsituation sichtbar wird, daß Kontinuität und Organisation möglich werden. Das zu begreifen, sich damit auseinanderzusetzen, diesen Prozeß zu organisieren – gerade auch das sind **Bedürfnisse** der Lehrlinge.





Streikdiskussion 1970

mußte er einen Vertrag abschließen, daß er sich verpflichtete, innerhalb eines Jahres abzunehmen. Die Begründung damals war, daß er sonst zu anfällig für Krankheiten sei. Er wollte erst nicht unterschreiben, aber dann hätte er die Stelle nicht gekriegt und die ÖTV sagte ihm damals auch, daß er unterschreiben müsse. Im Januar 74 war es dann soweit, er mußte zur Untersuchung zum Arzt. Dieser sagte, daß er 200 Gramm zugenommen habe und daß er nun leider nicht mehr weiterbeschäftigt werden könne. (Der Arzt sagt das!!!) Er bekam auch eine Woche später das Kündigungsschreiben. Er hat sich dann an die ÖTV gewandt und von dort nur die Antwort gekriegt, daß alles rechtmäßig wäre und er nichts machen könne. Warum er denn auch diesen Vertrag unterschrieben hätte!!!

Im Jugendzentrum Fechenheim hatten wir damals noch eine Betriebsgruppe! Wir diskutierten sofort über diese unglaubliche Geschichte, unglaublich, denn niemand von den städt. Arbeitern oder Lehrlingen, denen ich sie erzählte, glaubte mir das. Wir beschlossen sofort, was zu machen. Wir machten ein Flugblatt mit der Überschrift: **Wie schwer bist Du?** (siehe Kästchen). Dieses Flugblatt verteilten wir vor der OHW, es kam sehr gut an, und es gab im Betrieb eine heftige Diskussion deswegen. Das Zweite Deutsche Fernsehen drehte damals im Haus einen Film für die Jugendsendung ‚Direkt'. Wir erzählten ihnen die Geschichte, und sie waren begeistert und wollten das filmen. Wir diskutierten in der Gruppe, daß wir mit unserem Flugblatt natürlich keine Zurücknahme der Kündigung erreichen würden, sondern daß wir Aktionen machen müssen. Deshalb beschlossen wir mit soviel Lehrlingen, wie wir kriegen können, also wieviel mitmachen würden, mal morgens in die OHW zu ziehen und dort den Betriebsleiter auszuquetschen. Die Jugendvertretung rief deshalb eine Jugendversammlung ein und dort wurde beschlossen, gemeinsam zur OHW zu fahren. Wichtig war noch: Es war genau der erste Tag, wo M.'s Kündigung in Wirkung war, er also nicht mehr arbeiten durfte. Er war aber trotzdem gekommen, hatt natürlich keine Arbeit gekriegt und zog jetzt überall mit. Es waren ungefähr 50 Lehrlinge auf dieser Versammlung und die meisten kamen auch mit. In der OHW selber waren auch noch so 12 Lehrlinge, die gerade Berichtsheft in der Kantine schrieben. Die Direkt-Leute kamen auch mit. Als alle angekommen waren, ging ich zum Betriebsleiter und sagte ihm, daß Lehrlinge der LAW mit Fernsehen erschienen seien, um ihm über M.'s Entlassung zu reden. Er kriegte einen ziemlichen Schreck, wollte erst nicht und kam dann aber noch in die Kantine, wo die ganzen Leute schon saßen. Es gab dann eine heiße Diskussion, wo wir ihn immer wieder nach seiner Meinung fragten. Er sagte immer wieder, daß das nicht seine Entscheidung gewesen wäre. Wir fragten, ob er nicht mit M.'s Arbeit zufrieden sei. Doch, sagte er, daran gäbe es nichts auszusetzen. Wir wiesen ihn auf diesen Widerspruch hin, daß also M. die Arbeit machen könnte und aber trotzdem fliegen solle, daß da also was anderes dahinterstecken müsse. Er sagte aber immer wieder, er wäre nicht verantwortlich, wir sollten uns an andere wenden. An wen denn,



Fortsetzung nächste Seite

fragten wir. An die Personalstelle, meinte er, und so zogen wir dann los zum Personalamt an der Konstablerwache. Die Lehrlinge, die in der OHW Berichtsheft gemacht hatten, kamen alle mit!!!

Mit einem höllischen Krach und unserem LAW-Lied stiegen wir die Treppen hoch. Der Personalchef wollte erst nicht mit uns reden. Wir sollten eine Delegation machen. Wir sind alle die Delegation, sagten wir. Das Fernsehen immer dabei. Ein Typ vom Personalrat erschien auch und unser LAW-Boß wurde ebenfalls hinzitiert. Wir diskutierten also dann doch im Flur, wo wir uns alle niedergelassen hatten. Ehe der Personalchef anfangen konnte zu reden, mußte er sich erst noch unser Lied zu Ende anhören. Wir sagten also, daß der Betriebsleiter der OHW gesagt hätte, daß M. seine Arbeit gut gemacht hätte und daß wir jetzt mal wissen wollen, wieso er dann fliegen soll. Der Typ meinte, das hätte der Arzt zu entscheiden. Wir sagten, der wüßte doch gar nichts von M.'s Arbeit. Mehr könne er (Personalchef) aber nicht sagen, das wäre von übergeordneter Stelle entschieden worden. Der Personalrat mischte sich dann auch noch ein. Er meinte, M. wäre doch ein ausgewachsener Mensch, wieso er denn dann den Vertrag unterschrieben hätte, wenn er sich jetzt beschwert!! Im übrigen seien wir Anarchisten, so wie wir uns hier benehmen würden!! Wir sagten, daß uns das alles nicht weiterbringt und daß wir jetzt ins Rathaus zu unserem obersten Boß Jäckel gehen würden. Sie waren alle entsetzt, aber auch erleichtert, daß sie uns loshatten. Wir sind dann also ins Rathaus, noch immer ca. 60 Lehrlinge und das Fernsehen. Jäckel kam raus auf den Flur, hörte sich alles an und sagte dann, daß er sich auch von der anderen Seite informieren müsse. Er tat so, als hörte er alles zum ersten Male, dabei wußte er genau Bescheid. Er sagte, wir sollten an die Arbeit gehen und in zwei Stunden wiederkommen. Wir sind dann in die LAW, haben gegessen, geredet und sind dann mit allen nach zwei Stunden wieder ins Rathaus. Dort gab Jäckel dann bekannt, er habe inzwischen alle Umstände geprüft und angeordnet, die Kündigung zurückzunehmen (weil sie nicht zugeben können, daß sie Angst haben, sagen sie immer, sie würden „die Umstände prüfen", die sie doch ganz genau kennen!). Wir brüllten gewonnen, freuten uns unheimlich und feierten am Abend in Fechenheim ein ganz tolles Fest. (Übrigens: die ganze Geschichte ist auf dem ZDF-Film zu sehen — sehr viel schöner, als man sie beschreiben kann. Wir haben eine Kopie davon. Wenn Ihr den Film sehen wollt, schreibt an:

Jugendhaus Fechenheim
6 Frankfurt a. M.
Starkenburger Str./
Alte Freiligrathschule

Februar 74

Tarifrunde

Bei der Diskussion um die Teuerungszulage wurden wir von der ÖTV immer wieder auf die Tarifrunde hin vertröstet. Als es nun soweit war, gab es erstmal den Hick-hack um die Forderungen, die aufzustellen waren. Der zentrale Punkt dabei war (wie immer): prozentuale Forderungen oder Sockelbetrag. Die ÖTV-Bonzen natürlich für Prozent, ein anderer Teil (immer dieselben) für Sockel. Jeder argumentierte in gewohnter Weise. Das Ergebnis waren dann 18 % (wurde dann auf 15 % runtergehandelt), aber mindestens 185 DM. Für Lehrlinge 600 DM und allg. 300 DM Urlaubsgeld. (Übrigens beides Forderungen, die jedes Jahr gestellt werden und genauso regelmäßig unter den Tisch fallen.) Als dann durchkam, daß nur 9,5 % geboten werden, hörte man überall in den Betrieben: Streik! Auf einer VL-Versammlung versuchte die ÖTV erst noch zu beschwichtigen, man müsse abwarten usw. Aber als sie dann merkte, wie ernst es allen Kollegen war, war sie dann auch für Streik. Jetzt gings darum, wer und wie. Die ÖTV schlug vor, daß nur die Verkehrsbetriebe, also Straßenbahn und Bus streiken sollen. Es gab erregte Debatten. Denn die Betriebe, von denen auch hauptsächlich die Initiative für den Streik ausgegangen war, z. B. Müllabfuhr und Friedhofsamt, sollten nicht mitmachen. Erst als deren VL sagten, daß sie auch ohne die ÖTV streiken würden und alle aus der Gewerkschaft austreten würden, „durften" sie dann mitmachen. Für uns LAW'ler war klar, daß wir auch streiken würden. Auf alle Fälle und auch ohne Gewerkschaft wenn es sein muß. Wir versuchten dann noch, die anderen Auszubildenden auf einer gemeinsamen Versammlung davon zu überzeugen, mitzumachen und ein großer Teil wollte auch. Aber dort haben die Gewerkschaftsjungbürokraten schon solch großen Einfluß, daß sie alles abwürgen können. Sie versuchten, uns auch noch zurückzuhalten, aber wir gingen in die LAW und erklärten den Streik. Wir wählten eine Streikleitung und informierten die ÖTV. Die sagte zunächst gar nichts und am nächsten Tag erfuhren wir in der Zeitung, daß wir in den Streik mit einbezogen wurden. Dies ist von großer Bedeutung für alle Lehrlinge. Denn das war (zumindest in der ÖTV) der erste von der Gewerkschaft anerkannte und finanzierte Lehrlingsstreik. Warum die ÖTV so reagiert hat, hat wahrscheinlich folgende Gründe:

Erstmal wegen der großen Streikbereitschaft **aller** städtischen Betriebe. Dann wegen der Entschlossenheit von uns, auf jeden Fall zu streiken, auch ohne Gewerkschaft. Dann auch wegen unserer jetzt engeren Kontakte zu VL aus anderen Betrieben. Wir machten eine Demo mit den Postlern zusammen (die waren, wie die LAW'ler, auch Jugendliche in Ausbildung, wir hatten gute Kontakte zu deren Jugendvertretern). Dann wurde doch fast so abgeschlossen, wie der Genscher es wollte. Alle hatten unheimlich Wut, es gab eine Demo zum Gewerkschaftshaus und dort erregte Debatten. Wolf ließ sich verleugnen und sein Vertreter wurde wüst beschimpft. Aber keiner wußte mehr weiter und so verlief wieder mal alles im Sand.

600 DM für alle Lehrlinge!

Während die Preise immer mehr steigen, meint Genscher, im Namen der Länder und Gemeinden, daß die Arbeiter vom öffentlichen Dienst mit 9,5 % und die Lehrlinge mit 40.— DM fürs erste Lehrjahr und 45.— DM fürs zweite und dritte Lehrjahr „genug" haben. Außerdem denken die „Herren" von Bund, Ländern und Gemeinden auf keinen Fall mehr zu „geben", obwohl die ÖTV 15 % mehr Lohn verlangt und 600,— DM monatlich für jeden Lehrling.

Was unternimmt die ÖTV dagegen?

Die Ötv unternimmt gar nichts! Im Gegenteil. Sie spricht von der Schwerpunkt-Politik, ein reizendes Wort, das genau das gleiche wie die Nadelstich-Politk bedeutet.

Die Schwerpunkt-Politik ist eine Politik, die gegen den Gemeinsamen Streik aller Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist, Der Streik soll nur in ein paar Betrieben sein, in den Betrieben, wo die ÖTV den Streik will. Die anderen sollen weiterarbeiten. Das ist genauso wenn die Straßenbahnfahrer mehr Geld wollen und es streikt dann nur der Fahrer der Linie 10. Bei so einem Streik würden sie ausgelacht werden,. Und genauso wird die ÖTV mit ihrer Schwerpunkt-Politik von Bund, Ländern und Gemeinden ausgelacht. Anstatt daß die ÖTV einen Massenstreik macht!!!!!!', so wie es **ihre Mitglieder wollen** spricht sie von der Scheiß-Schwerpunktpolitik (SSP). Auf diese Art zeigt die ÖTV-Führung,daß sie kein richtiges Interesse hat, die Forderung ihrer Mitglieder durchzusetzen.

Was sollen die Lehrlinge tun?

Die ÖTV tut garnichts um die Lehrlinge zu mobilisieren. Aber wir, die Lehrlinge können nicht einfach dastehn und nichts unternehmen, es ist unser Geld, was auf dem Spiel steht.

Wenn die ÖTV nichts tun will, um unsere Interessen zu verteidigen, müssen wir uns selber verteidigen.

Wir unterstützen alle Forderungen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst. Aber wir vergessen unsere eigenen Forderungen nicht! Für unsere Forderungen müssen wir bereit sein zu kämpfen, denn nur dann erreichen wir, **was wir wollen.**

Was am vorigen Freitag geschehen ist, hat uns gezeigt, daß wir stark sind: Mit unserer Solidarität haben wir erreicht, daß der Kollege M. Neuhaus wieder eingestellt worden ist!

Wir können nicht darauf warten, daß andere für uns entscheiden. Wir können nicht wie es manche Kollegen machen, mit der Ausrede vom möglichen Risiko, gegen einen Streik sprechen. **Einen Lehrling können sie entlassen, 500 oder 1000 Lehrlinge nicht!**

Wir können es nicht zulassen, daß es einen Abschluß unter 600,— DM gibt, denn auch für die Lehrlinge steigen die Preise weiter.

Deshalb:
Kein Abschluß ohne Urabstimmung!
Machen wir gemeinsame Versammlungen!
Wir wollen die 600,— DM JETZT!
Wir streiken!
Gemeinsam sind wir stark!

Es finden am **Montag** und **Dienstag** jeweils um 8,30 Uhr Versammlungen in der LAW statt.

Kommt Alle!!!

Verantwortlich:
Die Lehrlinge vom LAW
und einige vom Ausbildungsamt.



Wie schwer bist du?

Ihr kennt doch alle Manfred Neuhaus? Er soll ab dem 31. 1. rausgeschmissen werden. Die Kollegen, die ihn kennen, wissen, daß er seine Arbeit so gut wie jeder andere auch macht. Nicht mehr gefehlt hat, wie jeder andere.

Auf die Idee, daß er irgendwie anfallende Arbeit nicht leisten könne, ist bisher weder ein Kollege noch ein Vorgesetzter gekommen. Warum aber soll Manfred nicht weiterbeschäftigt werden? Bisher ist nur ein offizieller Grund genannt worden: Das der Manfred ein paar Kilo zu schwer ist!
Das sagt jedenfalls der Werksarzt.
Jedem fällt auf, daß da irgendwas nicht stimmen kann. Man fragt sich: Für wen ist der Manfred eigentlich zu schwer, also untragbar?

Die meisten von Euch wissen, daß er sich als Jugendvertreter für die Interessen der Kollegen aktiv eingesetzt hat. Und das hat er auch im letzten Jahr getan, nachdem er die Lehre beendet hatte.

In der letzten Woche ist ein ehemaliger Jugendvertreter gar nicht, ein anderer ohne Planstelle von der Stadt Übernommen worden.

Die beiden haben zwar nicht viel Kilo, aber schwer tragbar sind sie offensichtlich doch.
Nicht immer sitzen die da oben am längeren Hebel!
Wir werden sehen!
(Die Betriebsgruppe im JUZ Fechenheim)



Die Forderung nach einem Jugendzentrum

Die Forderung tauchte in der LAW schon Ende 1972 auf. Es gab damals eine Jugendversammlung, wo dies von der Jugendvertretung vorgebracht wurde und auch eine ziemlich gute Diskussion über die Begründung für so eine Forderung zustande kam. Im Anschluß an die Versammlung traf sich dann eine kleinere Gruppe, um sich zu überlegen, wie man die Forderung durchsetzen könnte. Wir überlegten uns, daß am besten ein Haus von der Stadt wäre, also ein Haus, was der Stadt gehört. Wir wollten also in FFM mal rumgucken, was für Häuser, die der Stadt gehören, alles leerstehen. Wir fanden auch eines am Main, was leerstand. Es wurde dann wieder eine Jugendversammlung einberufen, wo gesagt wurde, daß es in FFM 200 leerstehende Häuser gibt, wo ein paar davon auch der Stadt selber gehören und daß wir so ein Haus fordern würden. Die Stimmung auf der Versammlung war erst ziemlich lahm. Niemand wollte über so ein Jugendzentrum diskutieren, es gab dann welche, die sagten, sie würden lieber in die Kneipe gehen usw. Dann machte aber jemand den Vorschlag, man solle doch mal ins Rathaus gehen und Rudi Arndt selber fragen, ob wir nicht so ein Haus kriegen können. Wir würden dann auch so argumentieren, daß wir dort gemeinsam lernen würden usw. Daß wir uns dann auch mal so sehen können, nicht nur in der Berufsschule usw. Als der Vorschlag kam, war sofort eine andere Stimmung, alles schrie wild durcheinander, und die ersten zogen schon los. Wir kamen dann so zu 80 Leuten im Römer an, der Portier fuchtelte wild rum, wir gingen die große Treppe hoch und ins Vorzimmer vom OB. Nach

einem bißchen hin und her gingen ein paar von uns zu ihm rein und trugen ihm unsere Forderung vor. Wir anderen warteten draußen, nach ein paar Minuten kam Arndt raus und bald darauf auch Jäckel dazu. Wir diskutierten dann auch ganz gut, also ganz viele von uns wurden auf einmal aktiv und redeten unheimlich viel. Jäckel versprach dann zu einer Jugendversammlung in die LAW zu kommen. Wir waren zufrieden und zogen ab. Als Jäckel dann zwei Wochen später in der LAW erschien, waren auch wieder ziemlich viel Lehrlinge da. Wir sagten also, daß soundsoviele Häuser leerstünden, daß davon welche der Stadt gehörten, daß wir eins wüßten und wir dies haben wollten. Er fragte, welches Haus, wir sagten ihm das und sofort sagte er, da solle ein Museum reinkommen. Sind denn Museen wichtiger als wir, riefen viele. Aber Jäckel ging nicht weiter darauf ein, er wurde auch ziemlich wütend über unsern Stil und zog bald ab. Wir pfiffen ihm hinterher. Aber mit diesem Auftritt war die Sache erstmal gestorben, weil so volle Pulle hinter der Forderung standen, nicht sehr viele Lehrlinge. Schon daß sie es ganz gut fanden und auch kommen wollten, wenn es sowas gäbe. Aber aktiv da viel machen, konnten sie sich eigentlich nicht vorstellen . . .

Da kam uns ein Glücksfall zu Hilfe. Wir hatten zusätzlichen Unterricht von der Volkshochschule aus. Der fand bisher immer in der Jugendherberge in Sachsenhausen statt; als wir dort aber wegen ungebührlichen Benehmens rausflogen, mietete die Stadt die leerstehende Freiliggratschule in Fechenheim, mit Bungalows. Da hatten wir auf einmal ein wunderschönes Haus. Wir beschlossen also, den Unterricht hauptsächlich in den Bungalows zu machen und die Schule gemütlich einzurichten, um dort uns zu unterhalten usw. Wir fingen auch gleich an, zu renovieren und uns abends dort zu treffen. Es dauerte nicht lange, da kamen die Herren vom Schulamt (dem das Haus unterstand) und von der LAW und wollten wissen, was los sei. Wir sagten, daß ist jetzt unser Jugendzentrum, der Unterricht findet zwar auch im Haus statt, aber wir wollen uns dort auch abends treffen. Sie drohten uns, wir würden rausfliegen und müßten die Renovierungskosten bezahlen usw. Aber wir waren dort immer ganz schön viele Leute, und so ließen sie es dann doch auf sich beruhen. Wir feierten am Anfang ganz schöne Feste, trafen uns mit der Betriebsgruppe dort und etliche neue Gruppen entstanden. Ich will auf dieses Jugendzentrum jetzt nicht weiter eingehen, denn das wäre ein Extrabericht, über die Entwicklung, die Schwierigkeiten usw. Jedenfalls ist es heute ziemlich abgesichert oder zumindest stillschweigend geduldet. Die Stadt hat eben beschlossen, jährlich 14 000 DM zu zahlen.

Häuserlied von der LAW (Melodie nach „Yellow River")

In der Stadt, die sich Frankfurt nennt,
und die auch ein jeder kennt,
stehen 200 Häuser leer,
was wollen wir noch mehr.

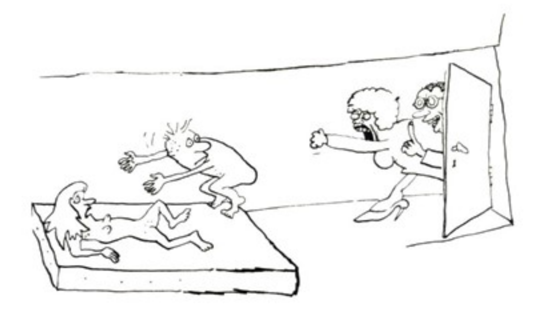
Wir brauchen ein Haus,

doch wir kriegen es nicht,
wir sind hier zu Haus
und darum fragen wir nicht.

Verhandeln bringt nichts mehr ein,
drum laßt uns einig sein.

Refrain:
Häuserbesetzen, Häuserbesetzen,
das ist die Lösung von diesem Problem.
Häuserbesetzen, Häuserbesetzen,
das ist die Lösung von diesem Problem!





November 74:

Eine politische Entlassung kann nicht verhindert werden

Die Jugendinitiative Bockenheim kämpfte schon lange vergeblich um ein Haus. Wir vom Jugendzentrum Fechenheim trafen uns im Zusammenhang mit der Jugendzentrumsbewegung öfter mit den Bockenheimern. Irgendwann war dann mal ein Fest in der Sozialstation Bockenheim, im Anschluß daran wurde ein leerstehendes Haus in der Varrentrappstraße besetzt. Dabei waren auch sechs bei der Stadt beschäftigte Leute: drei Lehrlinge, zwei Gesellen, eine Arzthelferin. Sie wurden mit 240 anderen verhaftet. Tags drauf konnte man in der Zeitung lesen, daß diese städt. Bediensteten alle entlassen werden sollten. Die erste Kündigung erhielt ein Bediensteter der Branddirektion, er konnte allerdings nicht sofort entlassen werden, da er Mitglied im Personalrat war und dieser der Kündigung nicht zustimmte. Es wurde also von der Stadt aus beim Arbeitsgericht geklagt. Der Kollege wurde nicht entlassen. Aus Solidarität mit dieser zuerst ausgesprochenen Entlassung wurde in der LAW eine Jugendversammlung einberufen. Es wurde der Fall berichtet und überlegt, was zu machen sei. Spontan wurde ein Streik beschlossen. Besonders toll ist dabei, daß da das erste Lehrjahr noch in der Probezeit war und trotzdem haben gerade die am geschlossensten mitgemacht. Die Stadt reagierte sehr hart, die Eltern der Lehrlinge erhielten Briefe, wo mit Entlassungen gedroht wurde, und in den einzelnen Betrieben hing ein Aushang, wo auf die Unrechtmäßigkeit dieses Streiks hingewiesen wurde. Am zweiten Streiktag erschien Jäckel persönlich mit eigenem Megaphon und sagte, wer nicht sofort die Arbeit aufnimmt, fliegt. Wir waren alle empört. Aber da das Risiko wirklich sehr groß war, zumal die Lehrlinge aus dem 3. und 4. Lehrjahr nur ganz vereinzelt mitmachten, beendeten wir den Streik. Wir beriefen aber für den kommenden Montag (der Streik war Mittwoch und Donnerstag) eine Jugendversammlung ein, da da die Entscheidung über die Entlassung der anderen fallen sollte. Als der Jäckel in der LAW war, versuchte er immer wieder, mich als die Anführerin und Streikanzettlerin hinzustellen. Das gelang ihm aber nicht, da der Vorschlag zum Streik nicht von mir ausging, ich ihn aber natürlich für richtig fand. Ein ÖTV-Vertreter war auch da, dieser mußte dies dem Jäckel sogar bestätigen. Am Montag früh kam dann der Jäckel so um 11 Uhr in die LAW, besprach sich kurz mit dem Personalrat. Später erfuhr ich, daß er diesem meine Entlassung mitgeteilt hatte. Der Personalrat war nicht dafür, aber das spielt eigentlich keine Rolle. Denn er hat nur das Recht, angehört zu werden, aber nicht Entscheidungen zu treffen. Wir warteten alle oben in der Kantine. Ich wurde dann runter ins Büro gerufen. Jäckel überreichte mir eine zweiseitige fristlose Kündigung. Gründe waren: aufgefallen bei den Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhung im Frühjahr (konnte aber nicht nachgewiesen werden), Hausbesetzung Varrentrappstraße, trotz krankgeschrieben auf Jugendversammlung und dort zum Streik aufgerufen, ordnungsgemäße Ausbildung der anderen Lehrlinge durch mich gefährdet, meine Ausbildung nicht mit der nötigen Sorgfalt betrieben. Gerade bei dem letzten Punkt hakte auch der Personalrat ein, denn meine Zeugnisse sprechen dagegen. Naja. Jäckel sagte dann, daß ich jetzt Hausverbot hätte und sofort die LAW verlassen sollte. Ich sagte, das würde ich nicht, sondern ich würde erst zu den Lehrlingen nach oben gehen, die ja schließlich vier Stunden darauf gewartet hätten. Jäckel sagte, daß er dann die Polizei holen würde. Als er telefonierte, bin ich schnell nach oben und hab allen meine Kündigung gezeigt. Es war große Betroffenheit und Ratlosigkeit. Jeder sagte, das können die doch nicht, was kann man denn machen usw. Nach ein paar Minuten kamen Jäckel und die gesamten Ausbilder nach oben getigert. Durch sein Megaphon gab er dann meinen Rausschmiß bekannt und auch, daß die anderen nicht entlassen werden. Er begründete das mit dem noch jugendlichen Alter, was man ja bei mir nicht sagen könnte. Außerdem hätte sich das bei mir zu weit entwickelt. Er gab dann bekannt, daß er die Polizei verständigt habe, weil ich nicht sofort gehen wollte. Ich heulte vor Zorn und Hilflosigkeit, bin ich ... alle machten genauso ein ratloses Gesicht wie ich, besonders mein Meister. Nach zehn Minuten kamen dann die Bullen. Sie sagten zu mir, daß Jäckel das Hausrecht habe und sie zu seinem Schutz da seien. Jäckel packte mich dann am Arm und schob mich nach unten, ihm folgten die zwei Bullen und dahinter die Lehrlinge. Eine richtige kleine Prozession. Ich mußte zu meinem Spind meine Sachen holen, und dann gingen wir in den Hof. Ich setzte mich aufs Motorrad und fuhr nach Hause. Sie wird einen Unfall bauen, meinte der Personalrat. Das wars. Die vom I. Lehrjahr und auch die aus meinem Lehrjahr (die Autoschlosser) regten sich sehr auf. Ich erfuhr das hinterher von Lehrlingen, die mich besuchten. Wir machten dann auch noch ein Flugblatt, aber irgendwie war die Sache gelaufen. Ich war ziemlich fertig, weil so hatte ich's mir nicht vorgestellt. Von den ganzen Leuten, mit denen ich früher gute Aktionen zusammen gemacht hatte und im Jugendzentrum zusammengearbeitet hatte, rührte sich keiner. Ich weiß nicht, ob sie nichts kapierten oder nur hilflos waren. Klar ist, daß die Stadt zum ersten Mal seit Bestehen der LAW so knallhart reagiert hat, aber das konnte sie nur, weil in der LAW die Situation auch nicht mehr so war wie früher. Ich hoffe schon und glaube eigentlich auch, daß es in der LAW weitergeht. Aber irgendwie ist wieder ein ganz neuer Anfang. Die Kontinuität ist verlorengegangen und dementsprechend schwer wird es sein, wieder was anzufangen.



LAW und Ausbildungsamt: Die LAW wird den Jungbürokraten der ÖTV untergeordnet

In der LAW werden die gewerblichen Lehrlinge ausgebildet. Dann gibt es noch das Ausbildungsamt, dem unterstehen alle Auszubildenden der Stadt, die später dann in den verschiedenen Büros entweder angestellt oder beamtet werden. Es gibt also unter diesen Auszubildenden erhebliche Unterschiede. Die einen, meist Mädchen, werden später Sekretärinnen und verdienen nicht besonders. Die anderen, meist Typen, werden Sekretäre oder Beamte, die sitzen dann in den Vorzimmern der einzelnen städt. Dezernenten und verdienen ganz gut. Das sind auch die, die bei Versammlungen den Ton angeben und den gesamten Personalrat stellen, weil sie meist über 18 Jahre sind. Sie haben meist einen Posten bei SPD oder ÖTV. Wenn wir irgend etwas mit dem Ausbildungsamt gemeinsam machen wollten, waren die immer die Bremser und Abwiegler, während die Jüngeren meistens auf unsrer Seite waren. Es war immer so, daß die Aktionen von der LAW ausgingen, denen sich dann das Ausbildungsamt anschloß, bzw. meistens nicht anschloß. Von sich aus verfaßten sie viele, viele Resolutionen, immer im Zusammenhang mit der ÖTV.

Schon 1972 war im Gespräch, die LAW in das Ausbildungsamt zu integrieren. Die Jugendvertretung der LAW und die meisten Lehrlinge waren sehr dagegen. Denn damit wäre die Selbständigkeit der LAW und damit auch die Selbständigkeit der Jugendvertretung zu Ende gewesen. Die Stadt hatte dabei ganz klar die Absicht, die LAW besser unter Kontrolle zu kriegen.

Es gab dann mehrere Sitzungen zwischen dem Personalrat und der Jugendvertretung der Ausbildungsamtes und dem Personalrat und der Jugendvertretung der LAW. Die vom Ausbildungsamt argumentierten so, daß diese Zusammenlegung doch der erste Schritt wäre, die Trennung zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst aufzuheben. Wir sagten, das wäre ja prima, dann würden die LAW'ler genausoviel Geld kriegen, wie die Beamtenanwärter, immerhin fast 200 DM monatlich mehr. Da machten sie natürlich sofort einen Rückzieher, dem würde der Magistrat nie zustimmen. Dann nützt uns auch die Integration nichts, meinten wir. Außerdem forderten wir, daß bei einer Zusammenlegung die LAW einen eigenen Personalrat und eigene Jugendvertretung behalten müsse. Wir forderten das deshalb, weil wir bei einer Zusammenlegung zwar die Mehrheit in der Jugendvertretung hätten, weil die meisten LAW'ler unter 18 Jahre sind. Aber da die Jugendvertretung ja abhängig vom Personalrat ist, kann sie fast nichts ohne dessen Zustimmung machen. Der gemeinsame Personalrat würde dann aber ausschließlich aus diesen ÖTV-Jungbürokraten bestehen und wie die Lage dann ist, kann man sich ja vorstellen.

Solche Gespräche fanden also in den letzten Jahren regelmäßig statt. Seit dem 1.1.75 sieht es so aus, daß also die LAW integriert ist. Daß es eine gemeinsame Jugenvertretung gibt, die im März dieses Jahres gewählt wird und einen gemeinsamen Personalrat. Einen nennenswerten Kampf dagegen hat es nicht mehr gegeben.



(Schluß von Seite 5)

und Vertrauensleuten gehabt. Mit diesem schmierigen Gemisch aus Wahrheit und Lüge eröffnete Lorenz den Kampf um die BR-Sessel: alles, was anders ist als sie selbst, ist dem Betrieb fremd, Anarchie, davor muß man sich fürchten. Noch auf der BV aber wandte sich ein Betriebsrat gegen diese Schnüffelei, die nur im Interesse der Geschäftsleitung sei, man solle die Zeit lieber für die Interessenvertretung der Arbeiter nutzen. In einem selbst verteilten Flugblatt bezog dann Verschuer selbst Stellung: nicht mehrere Güter, sondern einen 90 ha großen Bauernhof mit einem Wohnhaus habe er geerbt; die 40 000 DM waren frei erfunden, der Hof war mit Hypotheken belastet, an der Uni sei er gewesen – aber schon seit Jahren nicht mehr. Er bekannte sich zu dem, was er politisch gemacht hatte und wies auf die Zusammenhänge mit den Betriebsratswahlen hin. Ja, er sei ein Linker.

Die Rechten drohten auf ihrer Ebene: Rechtsschutz der IGM im Kündigungsprozeß entziehen, Ausschluß aus der IGM, Verhandlung im Hauptvorstand der IGM in Frankfurt u. s. w.

Am 16. Dezember kam es dann zum ersten Knall: der erste handgreifliche Beweis, daß die rechte Mafia-Politik nach hinten losgegangen war – und das gerade auf dem Gebiet um das es den Rechten allein geht:

Die Reformlinke siegte im ganzen Kreis bei den Vertreterwahlen (die Vertreterversammlung ist das unterste regionale Organ der Gewerkschaft), und zwar deutlich; viele der alten Betriebsratssäcke wurden nicht mehr wiedergewählt, sie waren im eigenen Sumpf stecken geblieben. Die Kollegen hatten sich nicht einschüchtern lassen. Im Gegenteil: der Druck von unten war gewachsen und die Stühle von Lorenz und Hahn (Gesamtbetriebsratsvorsitzender) begannen zu wackeln. Und so blieb diesen Kreaturen nichts anderes übrig, als sich von ihrer eigenen Scheiße zu distanzieren. Rudi Hahn schwenkte als erster ein und distanzierte sich von dieser verfassungsschutzähnlichen Untersuchung des Betriebsrats

Ihm folgten sie bald alle, keiner wollte mehr etwas damit zu tun gehabt haben; übrig blieb nur eine jämmerliche Figur: Jung-Betriebsratskarrierist Holger Beigel, in dessen Regie recherchiert worden war und der jetzt von seinen Autraggebern im Stich gelassen wurde; er distanzierte sich nicht (wär wohl auch schwer möglich gewesen), er verstummte ganz einfach.

Heute bemühen sich alle eifrigst, die Sache zu den Akten zu legen. Auf dem Gütetermin am 3.1. bot der Opel unaufgefordert die Umwandlung der fristlosen in eine fristgerechte Kündigung an. Verschuer lehnte ab, er will wieder rein. Wichtiger aber ist: die IGM konnte es sich nicht leisten, den Rechtsschutz für Verschuer zurückzuziehen – im Gegenteil: sie will einen Musterprozeß daraus machen; ein Zeichen dafür, daß es der gewerkschaftlichen Reformlinken in diesem Punkt gelungen ist, ihre eigensten Interessen (z. B. Redefreiheit auf Betriebsversammlungen) in der Gewerkschaft durchzusetzen.

Die Gewerkschaftslinke wird erstmals offensiv

Soweit der Fall. Wenn wir den Fall für wichtig halten, dann nicht wegen irgendwelcher Verschiebungen im Gewerkschaftsapparat, für sich genommen. Nur: es gibt bei Opel/Rüsselsheim eine lange Geschichte dieser Gewerkschaftslinken. Immer war sie viel verkümmerter, vorsichtiger und ängstlicher als in vielen anderen Betrieben; es ging immer nur um Posten, langsames, möglichst unbemerktes Vorrücken, man hatte immer ein funktionales Verhältnis zu jeglichen Konflikten. Es ging nie in erster Linie um praktische Anteilnahme und Solidarität – wichtig war nur: um jeden Preis die eigene Position schrittweise ausbauen; Die Inhalte waren demgegenüber zweitrangig. Eine sehr verkümmerte Form von Gewerkschaftsopposition – und es gibt in der BRD zahlreiche Beispiele dafür, daß die Gewerkschaftslinke – durchaus genauso an den SPD- und DKP-Reformismus gebunden – sehr viel entschiedener und offener auftritt, sich sehr viel mutiger in Konflikten engagiert, auch mal was riskiert, weil es ihnen um die Inhalte geht. Die Geschichte des RK bei Opel/Rüsselsheim ist auch eine Geschichte der Auseinandersetzung mit dieser Gewerkschaftslinken: es ist uns immer wieder gelungen, sie an konkreten Punkten zur Stellungnahme zu zwingen (trotz allen Distanzierungen von uns), unsere Initiativen waren auch mit ein Motor, daß diese Gruppe sich klarer herausbildete. Eins aber blieb immer: daß sie vor nichts größere Angst hatten, als vor einem Bruch mit der anderen Fraktion in der Gewerkschaft; nie traten sie öffentlich als Fraktion auf. Diesmal war es zum ersten Mal anders: durch die Offensive der Betriebsratsrechten (und solche Offensiven gab es schon öfters) waren sie gezwungen, aus dem Halbdunkel herauszutreten und zur Klärung der Fronten beizutragen. Zum ersten Mal in der letzten Geschichte des Opel gibt es nicht nur irgendwelche Rangeleien und Meinungsverschiedenheiten, sondern klare Gewerkschaftliche Fronten: Rechte und Fortschrittliche.

Das ist von realer Bedeutung; es ist zwar nur ein Apparatausdruck von Widersprüchen und von Prozessen innerhalb der Arbeiterklasse, aber dadurch daß diese Spaltung organisierte Form angenommen hat, ist ein Instrument vorhanden, auf das man einwirken kann. Daher ist es ein Fortschritt. An sich bedeutet es nichts, es kommt darauf an, was die Arbeiter damit anfangen und wie wir dazu beitragen.

Genossen aus dem Opel-Kollektiv des RK

Fall Verschuer: „Entlassener war reicher Anarchist"

Geld, Radikalismus, Kritik

Kein Rechtsschutz für Verschuer?



Keine Beweise gegen Verschuer

Bevollmächtigter der IG Metall rückt von Opel-Betriebsratsspitze ab

Opel-Blockvertrauensleute reagieren scharf:

GBR-Vorsitzender distanziert sich von Ermittlungen

Vertreterwahlen der IG Metall:

Ungewöhnlich starke Verschiebungen in Rüsselsheim und Mainz zugunsten der Nichtetablierten



DER KLASSENKAMPF IN DER ARMEE

Wir bringen hier wieder zwei Artikel zur Frage der politischen Intervention in der Armee (wer will, lese hierzu nochmal die Artikel zur Bundeswehr in der WWA Nr. 20).

Der erste ist ein Dokument des Anti-Nato-Kongresses, der vom 21. bis 23. November 74 in Amsterdam stattgefunden hat und an dem sich fast alle revolutionären Soldatenorganisationen Westeuropas beteiligt haben. Als Ergebnis dieser – vorwiegend auf einen Erfahrungsaustausch abzielenden – Diskussionen gibt er einen ersten allgemeinen Überblick über den Stand und die Probleme der aktuellen Soldaten bewegungen in Westeuropa – insbesondere in den NATO-Ländern.

Der zweite ist der Versuch eines Genossen, die momentanen Tendenzen zu einer Armeereform in der BRD zu analysieren und daraus strategische Konsequenzen für die politische Intervention in der Armee und drumherum abzuleiten. Hierbei kommt er zur Bestimmung eines Kampfziels, das und problematisch erscheint: nämlich: gegen Leber's Bestrebungen, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen zu kämpfen.

Denn diese eindeutige Bestimmung verwischt die Ambivalenz dieser „Reformtendenz". Es ist zwar richtig, daß ein Berufsheer die politische Arbeit in der Armee erschwert und daß dadurch solch eine Armee für die Bourgeoisie wesentlich leichter als Repressionsinstrument gegen die Arbeiterbewegung zu verwenden ist, aber andererseits ist es für die Masse der Jugendlichen – vor allem der proletarischen – erst mal ein großer Vorteil, sich auch ohne hinterhältige „Gewissenserforschung" durch irgendwelche Prüfungsausschüsse den 15 Monaten Bundeswehr – mit all der Scheiße, die damit verbunden ist (Isolation, Schleiferei, Schikanen, Haare ab etc.) – entziehen zu können.

Das Problematische an der These des Genossen ist also, eine Politik betreiben zu wollen, die sich von strategisch richtigen Analysen her bestimmt, sich aber aktuell gegen die Interessen der Massen richtet – von daher stellt sich auch zentral die Frage, wer zur Zeit die Kraft bilden könnte, den Kampf für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht mit der Aussicht auf einen Erfolg führen zu können.

Wir drucken diesen Beitrag dennoch ab, weil das Problem des Militärs in seiner Bedeutung für eine revolutionäre Strategie zwar in unserem Bewußtsein ist, die Diskussion um mögliche Lösungen und vor allem die praktischen Ansätze in diesem Bereich nach wie vor ungeheuer unterentwickelt sind. . . .



Resolution des Anti-NATO-Kongresses 74

I Die Soldatenbewegung und ihre Organisationen

Dieser Bericht ist das Ergebnis zweier Sitzungen der Arbeitsgruppe über die Soldatenbewegung. Unser Ziel war es, gemeinsame Gesichtspunkte zu finden, wie antimilitaristische, sozialistische Organisationen in der Soldatenbewegung arbeiten sollten und außer dem gemeinsame Erklärungen zu den folgenden Punkten zu formulieren:

1. der jetzige Stand der Soldatenbewegung
2. die Verbindung von ersten, unmittelbar materiellen Forderungen der Soldaten mit den politischen Forderungen, die die Funktion der Armee betreffen
3. Warum der Aufbau einer Soldatenmacht notwendig ist und wie er durchgeführt werden soll.
4. Der Einfluß, den eine starke Arbeiterbewegung auf die Soldatenbewegung und deren Forderungen haben kann; bei gleichzeitigem Bedürfnis nach einer autonomen Soldatenbewegung (Dieser Vorschlag wurde später zurückgenommen).

1. In den meisten NATO-Staaten sind Soldatenbewegungen entstanden. In zahllosen Aktionen kämpfen Soldaten gegen Unterdrückung und militärische Disziplin, und gegen alle Formen der Spaltungsversuche durch die Armeeführung – insbesondere Rassismus, sexuelle Diskriminierung, nationale, regionale und kulturelle Unterschiede. Sie wollen nicht die Bauern im Schachspiel der Generäle sein. In der Vergangenheit waren diese Kämpfe häufig spontane Reaktionen auf die militärische Unterdrückung. Mehr und mehr wurden diese Kämpfe jedoch das Fundament für organisierte Kämpfe. Heute kämpfen die Soldaten für die Organisationsfreiheit, für Redefreiheit, Versamm-

Anmerkung zur Resolution

Am 21–23 November 74 fand in Amsterdam und Utrecht ein internationaler Anti-NATO-Kongress statt. Er wurde organisiert vom Bond Voor Dienstplichtigen (EVD), einer sozialistischen Soldatenorganisation, die vor allem innerhalb der Soldatengewerkschaft der Holländischen Soldaten (VVDM) arbeitet, in der fast zwei Drittel der Soldaten organisiert sind. Zu dem Kongress kamen 28 Organisationen aus 10 Ländern: USA, Frankreich, BRD, Schweiz, England, Italien, Belgien, Schweden, Portugal und Holland.

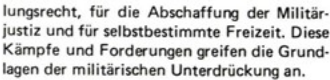
Am 21. und 22. wurde in nichtöffentlicher Sitzung in Amsterdam getagt. Die beiden Tage dienten dazu, sich gegenseitig kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen. Die Diskussionen konzentrierten sich dabei hauptsächlich auf folgende Themen:

1. Die Soldatenbewegung und ihre Organisationen
2. Die Beziehung zwischen Soldaten- und Arbeiterbewegung
3. Die Krise des Kapitalismus in Europa und ihre Konsequenzen für die NATO
4. Die Umstrukturierung der NATO-Armeen

Diese Themen wurden in einzelnen Komissionen diskutiert und die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen in einer gemeinsamen Resolution zusammengefaßt und verabschiedet. Daraus ergibt sich der unzusammenhängende Aufbau und die auftretenden Wiederholungen im hier vorliegenden Text de Resolution.

Der Anti-NATO-Kongress wurde am 23.11.74 mit einer Veranstaltung in Utrecht abgeschlossen, zu der etwa 400–500 holländische Soldaten und Interessierte erschienen.


PARIS 1848: Ein Arbeiter und ein Soldat führen gemeinsam eine Demonstration an


lungsrecht, für die Abschaffung der Militärjustiz und für selbstbestimmte Freizeit. Diese Kämpfe und Forderungen greifen die Grundlagen der militärischen Unterdrückung an.

2. In der gegenwärtigen Situation in der NATO und den europäischen Armeen kann es das Ziel einer sozialistischen Soldatenorganisation nicht sein, zu warten, bis sich die Masse der Soldaten gegen ihre Führung auflehnt, noch abstrakte pragmatische Forderungen zu propagieren. Ihre Aufgabe ist es, alle Kämpfe der Soldaten zu unterstützen und zu entwickeln, die zur Organisierung der Soldaten führen, Selbstbewußtsein und politisches Bewußtsein aufzubauen und über die antiproletarische Funktion der Armee aufzuklären, insbesondere den Einsatz bewaffneter Einheiten gegen die Arbeiterkämpfe, die Propaganda gegen die Arbeiter, die Disziplinierung und Isolation der Soldaten. Unser Ziel ist es weiterhin, Forderungen aufzugreifen, die zweierlei möglich machen: 1) die Macht der Soldaten aufzubauen durch deren Zusammenschluß auf dem Boden der grundlegenden Forderungen, in direkter Konfrontation mit der Armee-Führung, 2) die Position der Soldaten und der kapitalistischen Armee klären.

3. Um das kapitalistische System zu zerschlagen und um gegen die Armee als Instrument der Bourgeoisie und deren Handlanger zu kämpfen, ist es notwendig eine Soldatenmacht und eine Soldatenorganisation aufzubauen. Die Richtlinie für die Wahl einer Organisationsform ist die Möglichkeit, geschützt durch diese Form, die Soldatenmacht gegen die Macht der Armeeführung aufbauen zu können. Die Organisationsform hängt ab von den Bedingungen in der Gesamtgesellschaft, von dem Kräfteverhältnis zwischen der Arbeiterbewegung und dem kapitalistischen Staat; sie hängt ab von den Bedingungen in der Armee, wie Organisationsfreiheit (Holland- wenigstens auf einer nicht-politischen Ebene), oder das vollständige Fehlen desselben (Italien). Weiterhin passt sich die Organisationsform selbst dem Wachstum der Bewegung an.

In ihren Aktionen haben Soldaten viele verschiedene Organisationsformen entwickelt. Da sind große, von Regierungen anerkannte Gewerkschaften wie in Holland und Finnland. Da sind spontan entstandene Aktionskomitees wie in Frankreich. In der heutigen Situation würden Bestrebungen, eine bestimmte Organisationsstruktur auf alle Länder zu übertragen, zu einer empfindlichen Schwächung der Soldatenbewegungen in den verschiedenen Ländern führen. Alle hier anwesenden Organisationen sehen die Notwendigkeit, eine große, offene und demokratische Soldaten-Massenorganisation aufzubauen.



II Die Beziehung zwischen Soldaten- und Arbeiterbewegung

Die bürgerlichen Armeen, besonders solche mit allgemeiner Wehrpflicht, ziehen jedes Jahr tausende junger Leute ein, die meist aus der Arbeiterklasse stammen. Sie ziehen sie mit einer festen Absicht: sie in geschlossenen Kasernen zu stecken, sie ihrer Klassenherkunft zu entfremden und jedes Klassenbewußtsein zu zerstören. Die Militärhierarchie versucht, die Masse der Soldaten vollständig zu isolieren von der „zivilen Gesellschaft", besonders vom Klassenkampf und von der Arbeiterbewegung. Das ist z. B. der Grund dafür, daß sie in Italien und Frankreich eine vollkommen reaktionäre Wehrpflicht beibehält, ohne die elementarsten demokratischen Rechte und besonders ohne das Recht sich zu organisieren.

Unter solchen Umständen ist der Kampf der anti-militaristischen Bewegung und der Soldatenbewegung für demokratische Freiheiten in der Armee ein wichtiger und notwendiger Schritt. Es ist lebensnotwendig, diesen Kampf zu entwickeln, indem man die Soldatenbewegung mit der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen verbindet.

Kampf ist überall. – Der Kampf für Organisationsfreiheit und der Kampf gegen die materiellen Bedingungen im Militär. Der Kampf gegen Faschismus im Militär und gegen jede Art von Benutzung des Militärs gegen die Arbeiter. Der Kampf gegen die NATO als ein Instrument militärischer Kontrolle und der Intervention gegen die Arbeiterklasse der verschiedenen Länder.

2 Vorschläge wurden während der Sitzungen unterbreitet:

1. Daß eine Zentrale eingerichtet werden sollte, die Informationen und Erfahrungen der verschiedenen Soldatenbewegungen sammelt und dieses Material auswertet.
2. Daß eine Anti-NATO-Aktionswoche durchgeführt werden soll. (Dieser Vorschlag fand nicht die Zustimmung der Arbeitsgruppe und wurde an die Plenumssitzung verwiesen.

III Die Krise des Kapitalismus in Europa und ihre Konsequenzen für die NATO

Die Arbeitsgruppe diskutierte die wachsende Krise des Kapitalismus und ihre Konsequenzen für die bewaffneten Streitkräfte und die Aktionen, die wir dagegen unternehmen müssen. – Die Länder Nordamerikas und Westeuropas leiden an wachsender Arbeitslosigkeit und Inflation. Das Kapital der relativ starken Länder versucht die Last auf die Schultern der schwächeren Nationen abzuwälzen. Dies führt zu wachsenden Widersprüchen zwischen den kapitalistischen Ländern und zu einem sich verschärfenden Klassenkampf in diesen Ländern.

Konkret sehen wir in Europa, daß ökonomische Schwierigkeiten verlegt werden von den stärksten Ländern des „Gemeinsamen Marktes" auf die Länder rund ums Mittelmeer. Auch England erlebt große ökonomische Schwierigkeiten. Diese Situation wird auch mit militärischen Mitteln aufrechterhalten. Wir sehen, wie in Manövern und militärischen Plänen die südeuropäischen Staaten mehr und mehr mit der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung beauftragt werden.

Die britische Armee entwickelte ihr Wissen der Unterdrückungstechniken im Krieg in Ireland. Dann ist dieses Wissen durch Konferenzen, die von der NATO organisiert wurden, weitergegeben an die anderen NATO-Streitkräfte. Unter diesem Gesichtspunkt begrüssen wir die Aktionen, die von italienischen Soldaten unternommen wurden, – Veröffentlichung der Namen von Offizieren, die Mitglieder faschistischer Organisationen sind. Wir glauben, das ist ein Beispiel, das Schule machen sollte.

Zur gleichen Zeit sehen wir, wie die stärkeren Länder ihre Möglichkeiten vergrößern, um in anderen Regionen zu intervenieren. Z. B. üben holländische „Marines" Anti-Guerillia-Kriegsführung auf Korsika. Amerikanische Truppen werden auf Wüstenkieg trainiert. Auf der anderen Seite werden Iranische Offiziere in Europa ausgebildet. Wir sehen, daß die amerikanischen Truppen in Europa benutzt werden, um amerikanische Interessen in Europa durchzusetzen und als Interventionstruppen für den ‚mittleren Osten'. Wir haben auch diskutiert, daß die Anwesenheit ausländischer Truppen in Westdeutschland die Möglichkeiten für den deutschen Militarismus vergrößert hat, seinen Einfluß auszuweiten. Die Stationierung in fremden Ländern hat außerdem den Effekt, die Soldaten von der allgemeinen Öffentlichkeit in ihren Heimatländern zu isolieren. Dies macht es leichter, diese Truppen im Falle einer Krise zurückzuschicken, um sie gegen die Arbeiterklasse zu benutzen; z. B. die Rückkehr französischer Truppen von Deutschland für einen möglichen Einsatz im Mai 68.

Wir fordern:

- den Abzug aller NATO-Truppen aus fremden Ländern
- den Abzug der Britischen Truppen aus Ireland
- keine NATO-Intervention im mittleren Osten
- Beendigung aller Streikbrechenden Aktivitäten durch die Armee
- Beendigung aller gegen Aufstand gerichteten Übungen
- das Recht für Soldaten in der Nähe ihres Heimatortes stationiert zu werden bei freiem Wochenendausgang.

IV Die Umstrukturierung der NATO-Armeen

1. Heute sehen wir in den bürgerlichen Armeen und besonders in der NATO die klare Tendenz zur Wiederherstellung und Verbesserung der Kampfkraft. In den letzten Jahren hat der anti-imperialistische Kampf in vielen Teilen der Welt, das Anwachsen des Klassenkampfes in den verschiedenen Ländern und der Kampf in der Armee und gegen die Armee, es der Bourgeoisie schwieriger gemacht, auf die Armee zu zählen.

Deshalb versucht sie heute den Hauptwiderspruch der bürgerlichen Armee zu umgehen und abzuschwächen: daß sie aus den Mitgliedern der Arbeiterklasse und den anderen Klassen besteht, die im Interesse der herrschenden Klasse gegen ihre eigenen Klasseninteressen mißbraucht werden sollen. Alle Umstrukturierungsversuche haben gemein und zielen ab auf die Wiederherstellung und den Ausbau der Kampfkraft und Effektivität der bürgerlichen Armeen.

2. Die bedeutensten Aspekte dieser Entwicklung sind:

- das Anwachsen der Anzahl der Freiwilligen und Berufssoldaten in der Armee
- der Aufbau spezieller Einheiten und besonders ausgewählter und ausgebildeter Truppen
- die Verstärkung der Polizeitruppen.

Die Umstrukturierung und Verstärkung der bürgerlichen Kontrolle über die Streitkräfte zog ihren Vorteil auch aus der ökonomischen Krise und dem damit verbundenem Druck auf den Arbeitslosen, die leichter gezwungen werden können, sich selbst als Söldner zu verkaufen. Das Ergebnis dieser Veränderungen und die Zielrichtung der Armee muß sein, daß die Armeen und bewaffneten Institutionen der Bourgeoisie sich mehr nach innen verstärken als nach außen: Die Verbesserung der Polizeitruppen und die mögliche Benutzung der Armee, um die innere Ordnung der herrschenden Klasse zu sichern, wo die Polizei nicht mehr ausreicht, bis hin zur Möglichkeit des Einsatzes der Armee, um eine politische Entscheidung im Sinne der Bourgeoisie in bestimmten Situationen (wie in Italien) zu beeinflußen: alles



NEAPEL: Die schwarzen Matrosen des amerikanischen Schiffes „Little Rock" der 6. US-Flotte haben ihrem Kommandanten während des Nahost-Krieges erklärt, sie würden niemals ihre Waffen gegen ihre arabischen Brüder richten.

geht in diese Richtung.

Sicherlich wird die allgemeine Wehrpflicht nicht vollständig abgeschafft werden (auch in den USA ist die Möglichkeit der allgemeinen Wehrpflicht noch offen), weil die **Haputursache** für die Existenz einer Armee, nämlich Krieg zu führen, noch nicht unwahrscheinlich geworden ist. Wir glauben nicht, daß die Existenz einer Wehrpflichtigenarmee allein eine genügende Garantie ist, daß sie nicht gegen die Interessen des Proletariats benutzt wird. Trotzdem ist es wesentlich, sich der Tendenz zur Berufsarmee zu widersetzen.

3. Die strukturellen Veränderungen in der Armee sollten nicht in einer abstrakten Art angesehen werden. Sie stehen immer in Beziehung zu den spezifischen historischen Absichten, die die herrschende Klasse in Bezug auf die Armee in einer bestimmten Periode hat: Heute gibt es offensichtlich 2 verschiedene Ziele in der NATO. a) Die Armee vorzubereiten für den Gebrauch gegen den inneren Klassenfeind. In verschiedenen Ländern ist diese Tendenz besonders offensichtlich. b) Der Versuch die Situation im Mittelmeergebiet zu Gunsten des Imperialismus wiederherzustellen (Kissinger z. B. spricht von Portugal, Spanien und Italien als die wichtigsten Zentren der Krise).

4. Es ist wichtig für die Soldatenbewegung die strukturellen Veränderungen in den Armeen zu analysieren, um klarer zu sehen, was die herrschende Klasse durchsetzen will. Z. B. der Vorrang in den Militärausgaben in einer Periode, in der öffentliche Ausgaben reduziert werden, ebenso die Spezial-Bewaffnung und Zusammensetzung von gewissen Einheiten etc. sind wichtige Kriterien um zu einem Verständnis dieser Absichten zu kommen.

5. Es ist ein wichtiges Ziel und im objektiven Interesse der gesamten Klassenbewegung gegen diese Umstrukturierung und Vergrößerung der bürgerlichen Armee zu kämpfen. In diesem Kampf spielen die Soldaten und ihre Organisationen eine besondere und unentbehrliche Rolle. Sie haben ein direktes Interesse daran und sind direkt betroffen. Deshalb können sie die ganze Klassenbewegung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Armee informieren und aufzeigen, welche Entwicklungen vonstatten gehen und worauf sie abzielen. Deshalb muß der Kampf gegen diese strukturellen Anpassungen direkt von der Soldatenbewegung



aufgegriffen werden, auch in den Fällen, wo sich die Umstrukturierung in eine Berufsarmee bereits vollzogen hat oder schon weit fortgeschritten ist. Deshalb ist die Soldatenbewegung der wichtigste Bezugspunkt für die Berufssoldaten und Offiziere. Heute sehen wir in dieser Angelegenheit 3 wichtige Ebenen des Kampfes:

a) Die Einbeziehung von Berufssoldaten und niederen Offizieren (Bis jetzt hatten wir 2 wichtige Erfahrungen: in Friedenszeiten die Organisation in Gewerkschaften; in Kriegszeiten das Ausbrechen durch Desertation, Defätismus etc.).

b) Wir müssen anfangen das Problem der Einbeziehung demokratischer Offiziere angehen. Unter diesem Gesichtpunkt ist es besonders wichtig, daß die Soldatenbewegung ein Bezugspunkt wird, an dem sie sich orientieren können.

c) Die Soldaten — und das ist sehr wichtig — können nur effektiv gegen diese strukturellen Veränderungen kämpfen, wenn die Soldatenbewegung nicht auf Avantgarde-Gruppen beschränkt bleibt, sondern es gelingt, die breiten Massen der Soldaten zu erreichen und zu organisieren.

Teilnehmende Organisationen

. GEGEN DIE BERUFSARMEE

Auf diesem Kongress wurde besonderes Gewicht auf die Diskussion um die Heeresreformen innerhalb der NATO gelegt, weil sich daraus auch strategisch wichtige Einschätzungen ableiten lassen.

Die Tendenz dieser Reform läßt sich gut an der Entwicklung in der BRD nachzeichnen. Ziel der Reform war die Wiederherstellung und Verbesserung der Kampfkraft der bürgerlichen Armee, sowohl nach innen als auch nach außen (als NATO-Feuerwehr in den Ölstaaten und in den Ländern der politischen Krise: Italien, Spanien, Portugal). Die drei wichtigsten Aspekte der Entwicklung sind:

1. die Verstärkung der Polizeitruppen.
Dabei ist nicht nur auf die Vergrösserung des Polizeiapparates hinzuweisen, sondern insbesondere auf die Verbesserung der Ausbildung und der Einsatzmittel, die dem Ziel dienen, die innere Ordnung der herrschenden Klasse zu sichern.

2. der Aufbau spezieller Einheiten.
In diesem Punkt reicht es, die Errichtung des Mobilen Einsatzkommandos und die neuen Gesetze zum Einsatz vom Bundes-Grenz-Schutz zu nennen.

3. das Anwachsen der Anzahl der Freiwilligen und Berufssoldaten.
Diese Tendenz zur Berufsarmee läßt sich am Reformplan des Verteidigungsministers ablesen, die eine Abschaffung des Prüfungsverfahrens für KDVer vorsieht.

Mit dieser Regelung wird quasi die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben, indem man dem Wehrpflichtigen die freie Wahl zwischen Wehr- und Zivieldienst läßt. Hat sich erst mal diese Trennung zwischen einem quasi freiwilligen Wehrdienst und einem uniformierten Arbeitsdienst durchgesetzt, wird es ein Leichtes sein, die Bundeswehr in eine reine Freiwilligenarmee umzuwandeln. In diesem Sinne ist die Abschaffung des Prüfungsverfahrens als Schritt zur Freiwilligenarmee und Berufsarmee zu werten und zu bekämpfen.

Den politischen Spielraum für diesen Plan gewinnt der Verteidigungsminister durch zwei Faktoren.

1. werden ab 1977 die geburtenstarken Jahrgänge eingezogen, was bedeutet, daß die Bundeswehr ohnehin nicht alle Wehrpflichtigen einziehen kann. Selbst bei Anerkennung aller KDVer hätter die Bewegung Soldaten um „ihren Auftrag" erfüllen zu können. (Womit dann auch der letzte politische Stellenwert der KDV-Bewegung beseitigt wäre).

2. zieht dieser Plan seinen Vorteil aus der Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen Druck auf den Arbeitslosen, die leichter gezwungen werden können, sich selbst als Söldner zu verkaufen. Dieser ökonomische Druck ist sogar so stark, daß es sich die Bundeswehr sogar leisten kann, nur noch Freiwillige anzunehmen, die sich auf mindestens 4 Jahre verpflichten.

Mit diesen Tatsachen im Rücken kann Leber natürlich ohne Bedenken das Prüfungsverfahren abschaffen, was wiederum einen ungemein geschickten Schachzug gegen die antimilitaristische Bewegung darstellt.

1. greift er damit den unklaren und individuellen Antimilitarismus des größten Teils der Bevölkerung auf. Insbesondere die Wehrpflichtigen begrüßen es, daß man ihnen die Möglichkeit gibt, sich individuell dem Wehrdienst zu entziehen.

2. entzieht er der KDV-Opposition den Boden. Denn die KDV-Bewegung hatte sich ja gerade an der rechtlichen Beschränkung durch das Prüfungsverfahren entwickelt und erhielt auch gerade durch diese Beschränkung neuen Zustrom von Verweigerern. Da sich der Großteil ihrer Arbeit auf die juristische Beratung für das Prüfungsverfahren bezog, ist ihnen somit ihr wichtigstes Aktionsobjekt entzogen. Sie ist gezwungen ihre antimilitaristische Aktivität auf andere zivile und militärische Bereiche auszudehnen, wenn sie nicht zur Wirkungslosigkeit verkommen will. In dieser Entwicklung wird sich auch zeigen, inwieweit ihre Arbeit politisch orientiert war, d. h. inwiefern sie in ihrer Tätigkeit nicht die juristische Beratung gesehen haben, sondern einen Teil des Kampfes gegen den Militarismus, als einer notwendigen Erscheinungsform des Kapitalismus.

3. schwächt er damit weiterhin die Opposition in der Bw. Es ist nämlich zu erwarten, daß die kritischen und anpolitisierten Jugendlichen, die nicht verweigerten, weil sie sich dem Prüfungsverfahren nicht gewachsen sahen, jetzt den Zivildienst wählen werden. Meinem Wissen nach vertritt ein Großteil der kritischen Jugendlichen diese Einstellung und deren Wegfall aus der Bw würde die Basis für die Soldatenarbeit (die ohnehin recht schwach auf der Brust ist) weiter zu verkleinern.

Ich glaube es ist klar, daß die Abschaffung des Prüfungsverfahrens unter den vorher dargelegten Gesichtspunkten als weiterer Schritt zur Militarisierung beurteilt und bekämpft werden muß. Dieser Kampf gegen den Aufbau einer Freiwilligen-Armee wird sich auf zwei Ebenen konzentrieren: gilt es kritisches Bewußtsein gegenüber den Tendenzen zur Berufsarmee zu schaffen, gilt es klarzumachen, daß der Aufbau aktuell ist, daß er bereits vorangetrieben wird. Gerade die Pläne zur Abschaffung des Prüfungsverfahrens sollte man als Hebel benutzen, um daran zu demonstrieren, wie in der BRD auf dem Schleichweg eine Freiwilligenarmee aufgebaut werden soll.

Diesen Bewußtseinsprozeß sollte man vor allem in den KDV- Verbänden vorantreiben, mit dem Ziel eine grundsätzliche Sinneswandlung gegenüber dem antimilitaristischen Kampf zu erreichen.

Gleichzeitig muß diese Diskussion in die Gesamtbewegung getragen werden und von dort aus (über Gewerkschaften, Betriebsarbeit, Chile-Komittees, etc.) in die Arbeiterklasse. Angestrebt werden muß, einen breiten Widerstand (auch mit demokratisch-reformistischen Kräften) gegen diese Entwicklung aufzubauen.

4. muß man heute schon lernen, mit Freiwilligen und Berufssoldaten zu arbeiten (wobei man von den englischen und amerikanischen Genossen lernen kann). Allgemein kann man heute schon sagen, daß diese Arbeit verstärkt auf der Gewerkschaftsebene betrieben werden muß.

Dadurch ist es auch möglich, daß demokratische Offiziere der unteren Ränge in den Kampf miteinbezogen werden können, z. B. indem sie den Kampf der Soldatenbewegung decken. In diesem Zusammenhang ist zu sagen, daß der Stellenwert demokratischer Offiziere (der z. B. in Portugal offenbar wurde) viel zu wenig von der antimilitaristischen Bewegung angegangen wurde.

Um gegen die strukturellen Änderungen in der Armee effektiv kämpfen zu können ist es weiterhin notwendig, daß die Soldatenbewegung nicht auf Avant-garde-Gruppen beschränkt bleibt, sondern auch die Masse der Soldaten erreicht und organisiert. — Das bedeutet unter anderem auch, daß man innerhalb der Linken für massenhafte Wehrdienstleistung agitiert. ●



DRAGUIGNAN : 200 SOLDATEN DEMONSTRIEREN
(FRANKREICH, NOV. 74) GEGEN UNTERDRÜCKUNG IN KASERNEN

STRAUSS BEI MAO

EIN FLUGBLATT DES SHS-HEIDELBERG

I.
Die dem CSU-Vorsitzenden durch die chinesischen Gastgeber zuteil gewordene Beachtung überschreitet bei weitem das protokollarisch Vorgeschriebene. F. J. Strauß wurde vom Vorsitzenden Mao-Tse-tung zu einer Unterredung empfangen, die von der chinesischen Nachrichtenagentur als „freundschaftlich" eingestuft wurde. Seine Frau Marianne und der geschäftsführende Herausgeber des Bayernkurier, Horlacher, wurden Mao vorgestellt. Zuvor schon hatte Vizepremierminister Teng Hsiao-ping seine Gespräche mit Strauß positiv bewertet, indem er erklärte, Strauß, wie die Chinesen, gehörten „nach Meinung gewisser Leute zu den schlechtesten Menschen der Welt — leider gibt es in dieser Welt viel zu wenig der schlechtesten Menschen". (FAZ, 18.1.75) Die höchsten staatlichen — wie Parteiinstanzen des revolutionären China nahmen eine Aufwertung des CSU-Politikers in Angriff, die alles Diplomatische übersteigt und von Strauß selbst als eine „Konkordanz der Meinungen" interpretiert werden konnte.

II.
Diese „Konkordanz" bezieht sich auf die politische Sicht der Lage in Westeuropa und der Rolle der Supermächte; wobei Strauß und die chinesischen Gastgeber eine parallele Sicht der Dinge entwickelten: 2 Flugzeuge, die aus entgegengesetzten Richtungen kommend, in eine parallele Flugbahn einschwenken. **Strauß** der mit seiner Sicht der Dinge innerhalb der BRD-Rechten keinesfalls eine Mehrheit hat, befürchtet ein Arrangement der USA mit der Sowjetunion, die auf eine sog. Finnlandisierung der BRD bzw. Westeuropas hinauslaufen konnte. Es ist nicht ganz klar, inwieweit seine Ideen eines autonomen, atombewaffneten Westeuropas ernst gemeint oder vielmehr ein Druckmittel sind, die USA zu einem schärferen Kurs gegenüber der Sowjetunion zu zwingen. (Strauß hat sich in Peking in Anti-US-Tiraden ergangen, die die FAZ-Redaktion regelrecht in Aufruhr brachten. Strauß erklärte, daß er „den Amerikanern irgendwann gesagt haben will: Daß ihr gegen Hitler in den Krieg gezogen seid, war euer gutes Recht (!), aber angesichts des Zustandes von Europa 1945 war eure Hilfe in einem gewissen Grade auch Wiedergutmachung". (FAZ, 18.1.75) Zu deutsch heißt dies: Ihr habt den Fehler gemacht, Hitler-Deutschland als anti-kommunistisches Bollwerk so zu ruinieren, daß ihr jetzt gezwungen seid, aufwendige Investitionen zu tätigen, um es in dieser Funktion wieder auf die Beine zu bringen.) Die **chinesische Außenpolitik** sieht die Welt durch die Rivalitäten der beiden „Supermächte" ständig am Rande eines Krieges. Diese Supermächte, beide imperialistischer Natur, ringen um politische und wirtschaftliche Einflußsphären vor allem in der Dritten Welt. Beide haben ökonomisch eminente Schwierigkeiten (auch die Sowjetunion, die nach chinesischen Behauptungen in „Honqui" enorme Preissteigerungen auf eine Reihe von Konsumgütern, wachsende Staatsverschuldung, Schwarzmarkt und eine versteckte Arbeitslosigkeit aufzuweisen hat. (Nach „Le Nouvel Observateur" Nr. 529 Januar 1975), die sie außer auf die Dritte Welt auf die EWG-Länder bzw. die Comecon-Länder abzuwälzen versuchen.

Dazu kommt, daß die chinesischen Verlautbarungen in den letzten Monaten behaupten, die Sowjetunion bedrohe zur Zeit weniger die eigenen Grenzen als Westeuropa, an dessen Grenzen drei Viertel der sowjetischen Truppen stationiert seien. (Zugleich hat die chinesische Regierung aus Anlaß des Jahrestages der Oktoberrevolution der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen. Darüberhinaus existiert sogar ein chinesisch-sowjetischer Freundschaftspakt aus dem Jahre 1950, der niemals gekündigt wurde. (Le monde diplomatique, Dezember 1974)).

III.
Von daher vertritt die chinesische Außenpolitik die Linie eines Europa der dritten Kraft, gestützt auf die EWG, die die US-amerikanische Hegemonie abschütteln könne.

Nun wirft der französische Soziologe Poulantzas die interessante Frage auf: Ist diese Position realistisch und spiegelt sie auch wider, was die chinesischen Analytker tatsächlich glauben? Dagegen spricht, daß chinesische Stellen sich offen positiv zur Nato äußerten und z. B. de Gaulle kritisierten wegen seines Austritts aus der Nato. Und ein unabhängiges Westeuropa in der US-kontrollierten Nato, das die US-Hegemonie abschütteln soll, das ist ein arges Unding. Nato, das ist eben die militärische „Begleiterscheinung" der Tatsache, daß US-Kapital die EWG kontrolliert. Poulantzas glaubt das Rätsel zu lösen, — mit dem Hinweis daß die Chinesen ein Westeuropa unter US-Hegemonie, also mit Nato, lieber sei als ein neutrales Europa als dritte Kraft ohne Nato, das friedliche Beziehungen zur Sowjetunion unterhalte: „Für die chinesische Revolution ist die Nato gut, denn Nato heißt: die sowjetischen Divisionen in Europa". Poulantzas spricht nicht von bloßer Machtpolitik, sondern von der Machtpolitik, die für „die chinesische Revolution gut" sei. Er vertritt dann seiter den Standpunkt, daß dies nicht auch für die westeuropäische Arbeiterbewegung und die Linke gut sei". . . . was für die chinesische Revolution gut ist, muß deswegen für die europäische Linke nicht gut sein". (Alle Zitate nach N. Poulantzas, Diese Krise ist nicht nur eine ökonomische Krise, Berlin 1974)

Hier wird ein — zumindest für die jetzige Situation — bestehender **Unterschied der Interessen** der chinesischen Revolution und der Arbeiterklassenbewegung in Westeuropa festgestellt. (Wir versagen uns an dieser Stelle der Frage nachzugehen, inwieweit die **chinesische Politik** sich geändert hat, die 1968 Massendemonstrationen zugunsten des französischen Mai beinhaltete. Auch die Adresse Maos an die Afroamerikaner und die chinesische Unterstützung für afrikanische Rebellenbewegungen seien erwähnt.) Und dieser temporäre Unterschied **besteht tatsächlich.** War es nicht die NATO, der schon die faschistischen Putschpläne für Griechenland entsprangen und sind es nicht die Nato-Stützpunkte, die unverhüllt im „Spiegel" vergangener Woche als Ausgangsbasis für erwogene Raubzüge der US-Truppen gegen die arabischen Scheichtümer benannt werden? So wie für China die Nato + EWG unter US-Hegemonie gut ist, weil seine Grenzen entlastet werden, und damit der inneren revolutionären Entwicklung Raum gegeben werden kann, so ist aus den gleichen Gründen der Entwicklung einer starken politischen Arbeiterbewegung in Westeuropa einschließlich der Bundesrepublik die Nato ein konterrevolutionärer Hemmschuh von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

IV.
„Der Weg der Revolution ist ebenso wie der Weg der Entwicklung aller Dinge in der Welt stets gewunden und nicht gerade", sagt Mao-Tse-tung und Hung Yü, der in der Peking-Rundschau vom 29. Okt. 1974 in einem sehr interessanten Artikel dieses Mao-Zitat anführt, legt den dialektischen Entwicklungsstandpunkt als den, der von einer „spiralenförmigen Entwicklung voller Windungen und Wendungen" ausgeht, dar. Sowohl die Auffassung einer geradlinigen Bewegung als auch die einer kreisförmigen sei für sich genommen falsch. Die dialektische Auffassung ist die einer „fortschreitenden und gewundenen Entwicklung."

Es gehört zu den „Wendungen" der chinesischen Revolution, daß sie ein Interesse daran hat, daß die US-Präsenz in Westeuropa sowjetrussische Truppen bindet. Jedoch die Anwendung der Theorie, daß es Länder der „zweiten Welt, die sich zwischen den Supermächten und der dritten Welt" (Rede von Chinas Delegationsleiter auf der 29. Tagung der UN-Vollversammlung, Peking-Rundschau v. 15. Okt. 74) befinden, auf die BRD, ist falsch. Man kann nicht einmal sagen, daß die BRD sich „zwischen den Supermächten befände". Sie ist — jedenfalls gegenwärtig — ein Vorposten der einen Supermacht gegen die andere Supermacht, und ein Hinterland derselben (US-Supermacht) gegen die 3. Welt. Von den Entwicklungen in Frankreich und Italien ausgehend, wird man sagen können, daß es nicht Leute wie Strauß sein werden, die eine Lage der BRD „zwischen Supermächten und 3. Welt" herbeiführen werden. Diese Entwicklung zu einer relativen Unabhängigkeit kanauch in der BRD nur von einem Aufschwung der Linken erwartet werden. Dies wird eine unvermeidliche „Wendung" der Revolution in Westeuropa sein.

Es ist Sache der westeuropäischen und westdeutschen Linken, die „Wendungen" der chinesischen Außenpolitik von ihren Fehlern zu unterscheiden und nicht, die Fehler nachzuäffen. Die Einladung an „Herrn Strauß" und die Ehrungen, die ihm im revolutionären China zuteil wurden, wurden zweifellos einem der schlechtesten Menschen zuteil. ●



STRAUSS BEI TSCHIANG KAI-SCHEK... 1964 UND 11 JAHRE SPÄTER



CHINAS AUSSENPOLITIK-STRAUSS' KALKÜL

Während die ML-er sich in die Borniertheit flüchten, stehen die Linksradikalen vor der Ratlosigkeit. Klar, daß wir nun nicht in das andere, — gleichwertige —, Extrem verfallen dürfen, d. h. während die Ml-er von Frieden, Freundschaft und Völkerverständigung sprechen ohne dabei auf die Bedeutung der Person von Strauß als Repräsentant der Reaktion einzugehen, können wir uns nicht hinstellen und sagen Strauß ist reaktionär, der Empfang stützt die Reaktion, China ist reaktionär oder China macht eine reaktionäre Außenpolitik.

Es ist klar, daß zwischen dem innenpolitischen Interesse Chinas (die außenpolitische Absicherung seines Gesellschaftssystems) und einer revolutionären Außenpolitik Widersprüche bestehen über die wir nicht einfach hinweghudeln können und dogmatisch sagen „das ist revolutionär" und „das ist reaktionär" ohne uns dem Problem zu stellen. Das heißt eben nicht, daß wir die Lösung schon in der Tasche haben.

Den Widerspruch, zwischen dem innenpolitischem Interesse und dem Anspruch eine revolutionäre Außenpolitik zu betreiben meint China, mit den Maximen zu lösen, „sich nicht in die Angelegenheiten fremder Völker zu mischen" und "die Völker müssen den Weg zur Revolution alleine finden". Konsequent unterstützen sie deshalb keine revolutionäre Bewegung in einem reaktionären oder kapitalistischem Land, sondern halten sich immer nur an die jeweils herrschenden Kräfte (Nixon, Farah Diba, Haili Selassei, Chile etc.).

Wenn aber ein Volk aus eigenen Kräften eine alte Gesellschaftsform überwunden hat, erhält es auch getreu den obigen maximen jede Unterstützung, die China gewähren kann (Vietnam, Palästina, Afrika)

Daß dieser Weg Chinas die Widersprüche nicht gerade aufhebt sehen wir ja bei Strauß. **Die obige, chinesische Lösung ist eben eine dogmatische Lösung des Problems.**

Dogmatisch ist auch die Reaktion vieler Genossen, die, ein gewisses Schema anlegen und sagen das ist reaktionär und das nicht ohne die Widersprüche aufzuzeigen und anzugehen und dann mit einer gewissen Schadenfreude gegenüber den ML-ern mit dem Strauß in der Tasche auf die reaktionäre Außenpolitik Chinas hinzuweisen. Mit dieser Methode ist man schnell bei der schon einmal so verhängnisvollen Entscheidung angelangt, was nicht klar links oder rechts ist, was nicht eindeutig sozialistisch oder eindeutig faschistisch ist, das ist dann eben sozialfaschistisch.

Barer Unsinn ist es aber, wenn Genossen meinen, nun würde auch China dieselbe Politik, dieselben Fehler wie die III. Internationale unter Stalin wiederholen, nämlich die revolutionären Bewegungen der Welt seinem Interesse **unterordnen**. Die III. Internationale war sehr straff organisiert und die einzelnen KP's mußten sich schon ihren Entscheidungen beugen. Aber es gibt keine chinesische Internationale und es gibt auch keine chinesische Order für die Maoisten in der Welt. China hat immer wieder erklärt, daß es **nicht** der Führer der Weltrevolution ist, daß

Fortsetzung s. 14



WORTE DES VORSITZENDEN MAO

Unsere Revolution hat bereits die Sympathie und den Jubel der breiten Volksmassen in der ganzen Welt gefunden, überall in der Welt haben wir Freunde.

die Völker **alleine** den **Weg** zur Revolution finden müssen. Diesbezüglich hat es sehr wohl aus der III. Internanalen gelernt, und es weiß z. B. sehr wohl, daß China, ein Land, daß nie den Kapitalismus, geschweige denn den hochentwickelten Kapitalismus kennengelernt hat, unmöglich die Revolutionäre in Europa führen kann, vielleicht noch nicht mal beraten kann.

Es dürfte klar sein, daß Strauß seinen Besuch kühl kalkuliert hat und sich auf dessen politischer Auswirkung hier in der BRD klar bewußt ist. Schließlich ist er ja nicht zu irgendeinem Anlaß nach Peking eingeladen worden, sondern hat selbst darum ersucht, nach Peking kommen zu dürfen.

Bei dem Machtstreben von Strauß steht es wohl außer Zweifel, daß er die Ausnutzung seiner Reise auch in Hinsicht auf die kommenden Bundestagswahlen kalkuliert hat, und er hat ausgezeichnet kalkuliert, auf allen Ebenen. Zunächst auf der Ebene der Partei. Bei den Machtauseinandersetzungen innerhalb der CDU/CSU liegt Strauß jetzt wohl ohne Zweifel weit an der Spitze. Das lamentieren von Kohl, daß man wegen China nicht den politischen Kontakt mit der UdSSR vernachlässigen sollte, diese Mahnung dürfte der Aufwartung Straußens keinen Abbruch tun, und auch alle anderen Versuche politischer Größen der CDU/CSU, sich außenpolitisch zu provilieren (Kiep in der DDR, Hassel in Portugal) und innerhalb der Partei an Gewicht zu gewinnen, können Straußens Schachzug bei weitem nicht das Wasser reichen. Zwar wird man Strauß wohl noch nicht als Kanzlerkandidat nominieren können, aber er wird bei jedem anderen CDU/CSU Kanzler wohl die starke Figur im Hintergrund sein.

Neben der Parteiebene ist die Chinareise auch ein entscheidender Faktor auf der Ebene des Paralaments.

Hier hat die CDU/CSU auch außenpolitisch nun klar die Initiative ergriffen. Während bei den letzten Bundestagswahlen wohl gerade die Außen(Ost-)politik der entscheidende Faktor für den Wahlsieg der SPD/FDP-Koalition war, befinden sich nun diese Parteien auch auf diesem Gebiet eindeutig in der Defensive.

Unbestreitbar hat die Chinareise die Position von Strauß bei den Massen enorm gestärkt. Das kommt aber nicht daher, daß die Chinareise für die Massen so bedeutungsvoll ist (sie haben noch nicht einmal ein Kulturprogramm o. ä. erhalten) sondern ihnen für so bedeutungsvoll verkauft wurde. Und wenn gerade die reaktionäre bundesrepublikanische Presse tagelang intensivst über die Bedeutung der Strauß-Reise berichtet, dann hat das weniger mit objektiver Berichterstattung zu tun als mit reaktionärer Politik.

Strauß hat sich sehr wohl überlegt, wo er hinfahren muß, um seinen Coup zu starten und bei den Massen zu landen. Und seine Entscheidung, gerade nach China zu fahren und nicht nach Rußland oder USA oder DDR, beruht sehr wohl auf einer politischen Analyse des Bewußtseins der Massen, auf der Frage danach, wo er politisch ansetzen kann, wo er am besten die Wünsche und Bedürfnisse der Massen für seine reaktionäre Politik verwenden kann.

Entscheidend ist hier, daß Strauß wohl von jedem anderen Staatschef eines jeden anderen x-beliebigen Staates hätte empfangen werden können — und seis auch mit noch mehr Getue und noch mehr Tamtam — ohne daß sich dann das Kräfteverhältnis bei den Massen so zu seinen Gunsten verschoben hätte.

Die Massen reagierten genau so, wie es Strauß analysiert, kalkuliert und dann ausgespielt hat, sie werteten Strauß auf, weil China ihn empfing und nicht China, weil Strauß dorthin ging. Strauß hat also eine sehr starke positive Identifizierung der Massen mit „Rotchina" analysiert und geschickt für seine Zwecke ausgespielt.

Fatal wäre es, wenn sich die Linken nun hinstellen und gegen die Massen argumentieren würden, daß China reaktionär, bürokratisch oder wer weiß sonst noch was, sei. Strauß hat die Identifizierung der Massen mit China rein emotional für sich ausgenutzt, wir müssen herausarbeiten **womit** sich die Massen in China identifizieren, es benennen, bewußt machen und gegen die bundesrepublikanischen Verhältnisse stellen, den Kredit, den China hier bei den Massen hat müssen wir für uns verwenden und nicht Strauß überlassen. ● *Ein Genosse des RK*

Als die Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas und der CSU, Mao Tse-tung und Franz Josef Strauß sich am 16. Januar die Hände schüttelten, sprach die bürgerliche Presse von einer ‚politischen Sensation'.

Nach wenigen Tagen erschienen dann aber die ersten linken Interpretationen und von KVZ bis hin zu vierseitigen Flugblättern der Marxisten-Leninisten Frankfurts versicherte man dem aufgestöberten Politvölkchen, daß die Welt nach wie vor in Ordnung sei und das alles auf dem richtigen Kurs des Großen Steuermannes lag. Strauß bei Mao, was konnte daran aufregend sein?

Von den kritischen Kritikern von der Coleur der Trotzkisten wurde einem das gleiche versichert, nur in umgedrehter Wertung: was kann normaler sein, als daß sich die deutsche Reaktion mit den roten Mandarinen zusammentut, um die Arbeitermasse in Bayern und China zu unterdrücken.

Da stand man nun als Linksradikaler wiedermal neben allen Stühlen. Die Diskussionen, die es in unseren Wohngemeinschaften und Kneipen, auf Terminen und Festen gab, hatten alle einen ähnlichen Charakter: man schimpfte oder lachte über die MLs und ihren bornierten Unsinn und sonst hörte man höchst zweiflerische Töne über die Außenpolitik der VR China, die man nicht erst seit Strauß nicht mehr kapierte. Doch dann kam meistens eine lange Pause.

Am Beispiel China kann man sehr deutlich eine bestimmte Schizophrenie in unserem politischen ‚Weltbild' erkennen: die Spaltung in ‚unser' China und das der ML oder sonst wem.

„UNSER" CHINA ...

Seit den alten Tagen der SDS war China zu einem revolutionären Bezugspunkt geworden: die Kulturrevolution, die Roten Garden, ihre Wandzeitungen, die radikale Kritik und Propaganda, all das fand eine lebhafte Aufnahme in der Studentenbewegung wie im Pariser Mai 1968.

In dieser Tradition gab es dann eine Reihe Berichte aus China, die wir mit Begeisterung verschlangen und in denen uns China als echte und reale Alternative zur verknöcherten Sowjetunion erschien. Von Jan Myrdals „Bericht aus einem chinesischen Dorf" über Franco Platanias „Bericht eines Fiat-Arbeiters über die Arbeitsorganisation in China" bis hin zu Claudie Broyelles „Die Hälfte des Himmels"

Was uns dort an Aktivitäten der Massen, der Frauen, Arbeiter und Studenten erzählt wird, wie sie leben, ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und die gesellschaftlichen Zustände in ihrem Sinne zu verändern suchen, wie sie ihre Vorgesetzten und die Parteibürokratie kritisieren und Ansätze unmittelbarer Demokratie entwickeln, das alles paßte in unser Weltbild, daß die Massen die wichtigste und größte Produktivkraft sind, wie es Marx und Mao formuliert haben.

UND DAS DER ML

Doch dann gibt es das andere China, das offizielle, das der ML und der Peking-Rundschau (obgleich hier auch viel über die Massen steht), wo wir bis heute recht sprachlos geblieben sind. Da schreitet die Armee in der Kulturrevolution ein, eine neue Produktionsschlacht mit Appellen zur heroischen Opferbereitschaft wird angekündigt, Lin Piao verschwindet und Nixon wird von Mao zur Ping-Pong Diplomatie empfangen, während die Amerikaner in Vietnam weiter Krieg führen. Überhaupt: sämtliche außenpolitischen Maßnahmen von Bangla Desh bis Chile, die Rehabilitierung der von der Kulturrevolution gestürzten politischen ‚Größen', bei all dem verfallen wir in politische Apathie und unser Weltbild wackelt bedenklich.

Das ist dann die Stunde der ML und aller ‚wahren' Freunde Chinas, die mit Pathos von Hohenpristern die Prinzipien und Linien des Marxismus-Lenismus und der Mao Tse-tung-Ideen herbeten und alle Vorkommnisse zu einem Triumph der korrekten Linie des alten Weisen erklären.

Bei uns bleibt jedesmal mehr Zweifel zurück.

Für uns bleibt das Problem zentral, unsere Schizophrenie aufzulösen, die beiden Chinas, das revolutionäre der Massen und das in unseren Augen zum Teil konterrevoluionäre der offiziellen Politik zu einer Einheit zusammenzubringen, zu verstehen, wie beides und mit welcher Notwendigkeit zusammenhängt?

Die Frage ist: was sagen die Massen eigentlich zur ‚großen Politik' in China, wie diskutieren sie die einzelnen Maßnahmen und wie setzten sie ihre Meinung in politische Entscheidungen um? Auf der anderen Seite: wie beeinflussen die Entscheidungen der Staats- und Parteiinstitutionen die Aktivitäten und die Lebendigkeit der Massen?



Unser Schweigen hat Gründe. Die Informationen waren lange Zeit ein Problem und auch heute noch weiß man recht wenig, selbst wenn man alles lesen würde, was aus, von oder über China geschrieben wird. Dennoch — an mangelnden Informationen liegt es nicht, denn man weiß über die Massen schließlich genausoviel oder weniger wie über die offizielle Politik. Es müssen andere Gründe sein.

Primär dürfte wohl unser politisches Raster selber ‚die Ursache sein, daß wir in bestimmten Fällen eine Ratlosigkeit produzieren.

Zum einen haben wir uns in unserer politischen Vorstellung und Praxis nicht an einen bestehenden sozialistischen Staat gebunden, aus guten Gründen. Da wir uns nicht mit China, der Sowjetunion oder Kuba identifizieren, kommen wir auch nicht in die peinliche Verlegenheit allen möglichen Scheiß', der irgendwo produziert wird, verteidigen zu müssen. Den Vorteil der Autonomie haben wir aber unter der Hand zu einem politischen Nachteil werden lassen. Da wir uns nicht gebunden fühlen, interessieren wir uns schlicht kaum für die sozialistischen Länder. Wir wissen wenig über ihre Geschichte, ihre Revolutionen, ihre Schwierigkeiten und inneren Widersprüche.

Im Grunde machen wir nichts anderes als die MLer: wir picken uns das heraus, womit wir uns von unseren eigenen Interessen und Stimmungen her identifizieren können (und das heißt dann für uns meist „Massen"), machen dies total und unmittelbar und erwachen dann anders als Dornröschen. Der Prinz ist nicht gekommen, die Chosen entwickeln sich anders als sie uns lieb sind, der Rest ist Schweigen.

Unsere Ignoranz, die Probleme in ihrer Gesamtheit und Widersprüchlichkeit zu verstehen, verdecken wir dann mit großmäuliger Kritik, die so zimlich alles in den Boden stampft, was nicht unser eigener Mist ist.

Auf der anderen Seite haben wir eh Schwierigkeiten, die offizielle Politik in unsere Überlegungen mit aufzunehmen, in China genauso wie in der BRD. Wir haben da meist das Argument zur Hand, daß bei der Politik der ‚Großen', die Massen immer die Betrogenen sind, was ja nicht falsch ist, aber so langsam erkennen wir, daß diese Politik durchaus ein Faktor ist, der die Politik der Massen mitbestimmt und beeinflußt. Daher die ersten Analysen über die „Macher" und den „gesamteuropäischen Krisenstaat".

Solange die Diskussion unter uns über China (und die Sowjetunion) nicht eröffnet ist, produzieren wir bestenfalls individuelle Meinungen. Die Redaktion hat auch nicht die Absicht, eine Art Leitartikel zu schreiben und zu sagen wo's langgeht, ihrer Meinung nach. Das hätte wenig Sinn. Aber daß die Diskussion mal in Gang kommt, das halten wir in der Tat für wichtig, um von der Ebene des Kneipengeplauders und der gegenseitigen Denunziationen als MLer oder Feind der chinesischen Massen herunterzukommen.

Wir werden in einer der nächsten Nummern einen Anfang machen mit einem Artikel zur Geschichte der chinesischen Revolution. Mal sehn, ob's klappt.

NOCH EIN WORT

Nachdem nun viel über uns, aber wenig über FJS in China gesagt wurde, zum Schluß noch zwei Sätze, in denen auf der allgemeinen Ebene die ART wie die ML-Darstellungen das ‚Ereignis' aufgreifen, kritisiert werden soll.

Wenn man zu sagen hat, daß Strauß kein Vertreter der Arbeiterklasse ist, die Chinesen den Feind kennenlernen wollen (womöglich beim Tee) und der Besuch von FJS dem Weltfrieden dient, wenn man diese Ansammlung von Dummheit, Plattheit und Nachbeterei zum besten gibt, hat man in der Tat keinen eigenen politischen Standpunkt mehr, sondern ist bestenfalls zum schlechten Vertreter des Pekinger Außenministeriums hier geworden. Das kann die chinesische Botschaft besser. Sich den Kopf der Chinesen zu zerbrechen, sollte man zuerst einmal ihnen selber überlassen. Für Revolutionäre hier, stellt sich die Frage anders: nützt der Strauß-Besuch hier in unserem Land der Reaktion oder der Klassenbewegung. Und da glauben wir allerdings, daß Strauß durch die freundschaftliche und hochgespielte Weise des Empfangs für sich die gesamte Autorität Chinas, die dieses Land auch bei der Bevölkerung besitzt, benutzen kann und einspannt. Und Strauß ist mehr als andere die Symbolfigur für den Feind der Klassenbewegung in der BRD, aber auch über die Europäische Gemeinschaft in Westeuropa. Eine Aufwertung Strauß' bedeutet eine Stärkung der Reaktion, das muß man sagen. Wenn die Chinesen glauben aufgrund ihrer weltpolitischen Analyse, daß sie mit Strauß Politik machen können (gegen die Sowjetunion), so hat die Klassenbewegung und wir hier die Folgen davon auszutragen. Und dann zu sagen „Diese Außenpolitik steht in keinem Gegensatz zu den Interessen der europäischen und westdeutschen Arbeiterklasse" wie es der Oberlehrer Joscha Schmierer in der KVZ sich nicht entblödete, ist schlicht eine politische Unverschämtheit. Dieses Zurückweisen ist eine Sache, doch dann fangen für uns die Probleme erst an.

Also — Fortsetzung folgt.

Noch ein Genosse des RK